

Der drohende Zusammenbruch der Kapitalakkumulation stellt die Systemfrage

„Das Kreditwesen beschleunigt daher die materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarkts, die als materielle Grundlagen der neuen Produktionsform bis auf einen gewissen Höhegrad herzustellen, die historische Aufgabe der kapitalistischen Produktionsweise ist. Gleichzeitig beschleunigt der Kredit die gewaltsamen Ausbrüche dieses Widerspruchs, die Krisen, und damit die Elemente der Auflösung der alten Produktionsweise.“ K. Marx, Kapital III, MEW 25, 457.

Dieses Manuskript kann man lesen als Fortsetzung der Argumentation, die Günther Sandleben in seinem Artikel „Mythos Finanzmarktkrise“ in „trend online“ begonnen hat. Es geht mir darum, die „Finanzmarktkrise“ auf die Kapitaleigenschaften der Produktivkräfte zurückzuführen und sie als notwendiges Produkt erweiterter Kapitalreproduktion darzustellen.

In gewisser Weise ist auch das industrielle Kapital „Finanzkapitel“. Schließlich ist ihm die Produktion nur Mittel zum Zweck, nämlich das angelegte Geld zu vermehren (Verwertung von Wert). Geld ist der Ausgangs- und Endpunkt seines Wirtschaftskreislaufs.

Für eine ständige Erweiterung der Reproduktion von Kapital reicht die vorhandene Liquidität, die bereits realisierten Geldeinkommen aus Profit und Lohn, bei Unternehmen und Privathaushalten nie aus. Es muss beständig neues Geld, mehr Geld als Zirkulationsmittel in den Wirtschaftskreislauf gepumpt werden. Dieser objektive Zusatzbedarf von **Geld als Zirkulationsmittel** zur Realisierung des Mehrwerts kann jedoch nur befriedigt werden, indem zusätzliches **Geld als Kapital**, also mit Anspruch auf Verwertung durch Zins, in die Zirkulation kommt. Die „Dienstleistung“ des Finanzkapitals am Industriekapital ist ebenso wenig uneigennützig, wie die „Dienstleistung“ des Industriekapitals am Kunden. Das Finanzkapital verlangt als kapitalistisches Unternehmen einen Profit in Gestalt des Zinses. Das zusätzlich benötigte Geld (Zirkulationsmittel) für die Erweiterung der Kapitalproduktion ist in Gestalt des Kredites nur zu haben, wenn es als Geldkapital geboren wird. Indem dieses Geld, das ja eigentlich nur dazu dienen soll, dass mehr produzierte Produktionsmittel und Konsumtionsmittel gekauft werden können, einen Anspruch auf wundersame Selbstvermehrung hat, wird es zu einer Maschine der Geldvermehrung und zugleich zu einer Maschine zur Vermehrung der Ansprüche auf Profit. **Dies ist letztlich das ganze Geheimnis der verselbständigten Aufblähung des Finanzkapitals und ganz und gar unvermeidlich im Kapitalismus.** Alle Versuche, die Auswüchse dieser Entwicklung auf der Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse beschneiden zu wollen, werden daran scheitern, dass der Geldbedarf (zusätzliches Geld als Zirkulationsmittel) für die erweiterte Reproduktion von Kapital nur dadurch befriedigt werden kann, dass dieses Geld als Kapital auf die Bühne tritt. Die neoliberalen Praktiken der Vermehrung des Geldes durch Vermehrung der Profitansprüche erwachsen also aus den Erfordernissen der notwendigen Erweiterung der Kapitalreproduktion („Realwirtschaft“). Diese Praktiken könnten auf der Basis des Systems nur beendet werden, wenn Kredit und Zins verschwinden. Wenn aber der Kredit verschwindet, bricht der ganze Kapitalismus zusammen. Würde der Zins verboten, dann würde dem Geld verboten Kapital zu sein. Eine ebenfalls ziemlich wirklichkeitsfremde Lösung des Problems. Der Versuch, die beständige Tendenz zur Überproduktion mittels Kredit zu überwinden oder zu lindern, führt unvermeidlich zur Überproduktion von Geld als Kapital. Je höher die Produktivkraft der Arbeit und je stärker daher die Überproduktion an Waren aller Art (gemessen an den bereits erzeugten Geldeinkommen), desto größer die Bedeutung des Kredits. Je aufgeblähter der Kredit und der damit verbundene Zinsanspruch, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass die Überproduktionskrise von Waren ihren Ausgang nimmt von der Überproduktionskrise des Geldkapitals. **Der Kredit löst die Schwierigkeiten der Verwertung des Industriekapitals durch Steigerung der kaufkräftigen Nachfrage nur, indem er die Schwierigkeiten der Verwertung des Gesamtkapitals durch uneinlösbare Zinsansprüche potenziert.**

Die Systemfrage ist gestellt. - Aber welche?

In Deutschland hatten wir es bis vor kurzem noch mit einer ökonomischen Krise zu tun, die man teils erstaunt, teils empört sozusagen als ZuschauerIn – Krise als Medienereignis - begleiten konnte. Politiker und Vertreter der Arbeitgeberverbände erklärten uns, dass „Deutschland gut aufgestellt sei für die Krise“ und möglicherweise als Sieger aus ihr hervorgehe.

Sicher, da hatten auch kleine Leute ihr mühsam erspartes Geld mit Blick auf die versprochene hohe Rendite in Papiere von Lehman Brothers gesteckt und alles verloren, aber die sozialen Auswirkungen der ökonomischen Krise nehmen jetzt erst in Breite spürbar Gestalt an und bereiten dem Zuschauerdasein für immer mehr Menschen ein Ende.

Bereits in den letzten beiden Quartalen 2008 sank das BIP (Bruttoinlandprodukt). Ständig werden neue Pleiten gemeldet und die Zahl der Lohnarbeitslosen nimmt dramatisch zu, im Januar allein um 387.000. (In den USA nehmen die Arbeitslosenzahlen von Monat zu Monat noch dramatischer zu, im Februar allein um 653.000.) Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau, das Flaggschiff des deutschen produktiven Kapitals auf dem Weltmarkt mit fast einer Million Beschäftigten, meldet Auftragsrückgänge wie noch nie seit dem 2. Weltkrieg. Im Januar 2009 brachen die Aufträge real um 42% ein! Die Aufträge von heute aber sind die Produktion von morgen. Das lässt Böses erahnen. Wie tief diese ökonomische Krise gehen wird und wie verheerend letztlich deren soziale Folgen sein werden, das weiß heute niemand mit Gewissheit zu sagen. Das zerstörerische Potential der aktuellen Weltwirtschaftskrise ist jedenfalls so groß, wie noch in keiner Krise nach dem 2. Weltkrieg.

Damit ist auch eindeutig, und allenthalben von links bis rechts anerkannt, die Systemfrage gestellt.

Z.B. Arbeitgeberpräsident Hundt:

„Wir stehen am Beginn einer gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Systemdebatte. Und wir Unternehmer müssen und werden diese Systemdebatte offensiv führen.“ Rede auf dem deutschen Arbeitbertag, November 2008

Die Frage ist, welches System hier in eine schwere Krise taumelt und was in Folge dessen in Frage gestellt ist. Aus der Beantwortung dieser Fragen ergeben sich die Antworten, also die vorgeschlagenen und gewünschten Alternativen.

Für die Arbeitgeberverbände ist klar, dass die Ursachen der Krise nichts mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu tun haben. Für sie handelt es sich um Fehler von Banken und Politik in den USA, Auswüchse eines an sich unersetzbar guten Systems. Daher wollen sie die „soziale Marktwirtschaft im besten ordoliberalen Sinne“ (Hundt ebenda) verteidigen.

Auf seiner Homepage warb der DGB für einen „Kapitalismuskongress“, der mittlerweile in Berlin stattfand. Über den Kongress heißt es:

"Es wird der Auftakt für eine breite öffentliche Diskussion, an deren Ende eine wirklich soziale Marktwirtschaft stehen muss, die in eine bessere Zukunft führt und solche auch aus Gier geborenen Krisen künftig vermeidet“, kündigte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer an.

Das Ziel: eine 'Marktwirtschaft für Menschen'“

Als Ursache der Krise wird die Gier von Menschen benannt und entsprechend weitreichend und radikal sind die formulierten Alternativen: „eine wirklich soziale Marktwirtschaft, eine Marktwirtschaft für Menschen“! Was soll das werden? Eine allgemeine Warenproduktion ohne Kapital?

Die Attac Finanzmarkt AG lässt uns in einem Flugblatt unter dem Titel „Nach der Krise ist vor der Krise“ wissen:

„Krisen gehören zum neoliberalen Finanz- und Wirtschaftssystem.“ Nur dazu????

Messerscharf wird ein „systematisches Versagen“ dieses „neoliberalen Finanz- und Wirtschaftssystems“ diagnostiziert. Typisch für dieses System sei es, dass „AnlegerInnen versuchen, ihre Kapital dort anzulegen, wo es die höchste Rendite bringt...“. So käme es unvermeidlich zu Krisen, die sich dann auch „auf die Realwirtschaft“ ausweiten könnten.

Attac stellt die „Systemfrage“, indem es das „neoliberale Finanz- und Wirtschaftssystem“ in Frage stellt. Schaut man näher hin, dann bleibt allerdings selbst von diesem System nur ein System falscher Verteilung

durch eine falsche Politik übrig. Zitat:

„Diese Entwicklung muss nicht zwangsläufig so ablaufen. Die ungleiche Vermögensverteilung, die zur Ansammlung riesiger Vermögen geführt hat, ist auch das Ergebnis falscher Politik.“

Das lässt sich natürlich dann durch verlangte richtige Politik ändern.

Hier taucht sie zum ersten Mal auf, diese famose „Realwirtschaft“, das Gute der kapitalistischen Ökonomie, zu der wir zurückgeführt werden sollen. (Untertitel des Supplements der Zeitschrift „Sozialismus“ 2/2009: „Zurück zur Realwirtschaft“.) Wenn man nicht aufpasst, dann ist man selbst versucht, diesen unsinnigen diskursbeherrschenden Begriff zu gebrauchen.

Im Supplement 12/2008 belehrt uns Karl Georg Zinn darüber, dass die „*Expansion der finanzkapitalistischen Spekulationsanlagen*“ schon lange zu einer Deindustrialisierung in den hochentwickelten Ländern geführt habe, in deren Folge es „*zum Verlust guter Arbeitsplätze*“ gekommen sei, die anderen Orts als „*Niedriglohnarbeitsplätze*“ wieder erstanden seien. (ebenda S. 5). Frei nach dem Motto: Alles ist relativ! Z.B.: Die Lohnarbeitsplätze von Frauen in der Textilindustrie Deutschlands waren beschissen! Sie werden im Rückblick nicht dadurch gut, dass die Lohnarbeitsplätze in der chinesischen Textilindustrie noch beschissener sind!

Das linke „Zurück zur Realwirtschaft“ wird nur noch übertönt vom linken „Zurück zur beschleunigten Kapitalakkumulation“! Richtig gehört: Trotz der ungeheuer zerstörerischen Potenz der zur Zeit existierenden industriellen Produktionsweise will da jemand zurück zu möglichst zweistelligen Wachstumsraten des Bruttoinlandprodukts, auch in den hochentwickelten Ländern!

Unter der Zwischenüberschrift: „Ansatzpunkte zur Beherrschung der Krisenprozesse und weiterreichende Perspektiven“ schreibt Stephan Krüger in der bereits zitierten Beilage zur „Sozialismus“ 12/2008:

*„Eine neu-initiierte **beschleunigte reproduktive Kapitalakkumulation** ist einzubetten in ein wirksames Steuerungsregime gesamtwirtschaftlicher und regionaler Strukturpolitik.“ S. 39*

Eine beängstigende Perspektive, in der ein Verlangen nach sozialer Emanzipation vollkommen ausgelöscht ist. Und das kommt von einem Mann, dessen Beiträge zur Erklärung der Krisen im Kapitalismus noch immer hervorragend sind.

Über die Verselbständigung des Finanzkapitals gegenüber der „Realwirtschaft“ - oder wie viel Spekulation darf es denn sein?

Überall begegnet einem dieser merkwürdige Widerspruch zwischen einem verselbständigten, aufgeblähten Finanzkapital und der „Realwirtschaft“, der der Grund des aktuellen Übels zu sein scheint. Man könnte den Eindruck gewinnen, für manche Autoren sei das Finanzkapital „irreal“ wirtschaftlich, ein Gespenst, dass es nur zu verscheuchen gelte, um zu dem „guten“ Kapitalismus der 50iger und 60iger Jahre zurück zu kehren. Eine solche Betrachtungsweise, Gegenüberstellung von verselbständigtem Finanzkapital und „Realwirtschaft“, ist natürlich absurd und hat mit der Realität der Kapitalismus nichts zu tun. Das Finanzkapital ist genau so real im Kapitalismus, wie etwa Handels- und Industriekapital. Seine Verselbständigung ist genau so notwendiges Produkt verallgemeinerter Warenproduktion, spontaner, durch Privatinteressen vorantriebener, gesellschaftlicher Arbeitsteilung wie bereits die Verselbständigung des Tauschwertes der Waren im Geld. Zu versuchen, dieser Verselbständigung Herr zu werden durch gesellschaftliche Kontrolle, dass läuft auf den Versuch hinaus, die Verselbständigung des Wertes im Kapital einer gesellschaftlichen Kontrolle zu unterwerfen. Als Produktionsverhältnis impliziert das Kapital – wenn man sich denn noch einen allgemeinen Begriff davon macht – verschiedene Verselbständigungen. Es handelt sich um ein System von Verselbständigungen:

1. Schon das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln drückt eine erste Stufe der Verselbständigung aus. Nämlich die der Teilarbeit gegenüber der gesellschaftlichen Gesamtarbeit (unabhängig voneinander verausgabte Privatarbeiten, jedes Einzelkapital ist nur ein verselbständigtes Bruchstück des gesellschaftlichen Gesamtkapitals).
2. Die unabhängig voneinander verausgabten Privatarbeiten machen das Arbeitsprodukt zur Ware. Als Ware hat das Arbeitsprodukt Gebrauchs- und Tauschwert, der sich im Geld gegenüber der Ware verselbständigt.
3. Im Zuge der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung verselbständigen sich bestimmte Funktionen des Kapitals zu besonderen Formen des Kapitals. Neben das industrielle Kapital treten das Handelskapital und das Bank- oder Finanzkapital.
„Geldkapital und Warenkapital, soweit sie mit ihren Funktionen als Träger eigener Geschäftszweige neben dem industriellen Kapital auftreten, sind nur noch durch die gesellschaftliche Teilung der Arbeit verselbständigte und einseitig ausgebildete Existenzweisen der verschiedenen Funktionsformen, die das industrielle Kapital innerhalb der Zirkulationssphäre bald annimmt, bald abstreift.“. Kapital Bd. 2, S. 61
4. Last but not least die Verselbständigung des Weltmarktes – heute auch Globalisierung genannt -, die *„wächst mit der Entwicklung der Geldverhältnisse ... und umgekehrt, ...“ (Grundrisse S. 78)*

Alle Verselbständigungen von Teilen gegenüber dem Ganzen sind Produkt einer spontan sich entwickelnden gesellschaftlichen Arbeitsteilung auf der Basis von Privateigentum. Sie erzeugen in Kapital und Weltmarkt ein unmenschliches, ökonomisch-sachliches Ganzes, in dem die materielle Reproduktion der menschlichen Gesellschaft ohne bewusste Kontrolle durch die Gemeinschaft gesellschaftlicher Individuen abläuft. Auf Grund der kapitalistischen Produktionsverhältnisse existiert kein kollektives menschliches Subjekt, das den Prozess dieser Reproduktion steuern, mit Willen und Bewusstsein lenken könnte. Es existiert lediglich so etwas, wie ein „automatisches Subjekt“, das Kapital selbst, der Prozess der Verwertung von Wert, der als scheinbar naturgegebener Sachzwang sein Werk verrichtet. Und selbstverständlich gibt es kapitalistische Privateigentümer, die ganz bewusst und zielgerichtet um die Durchsetzung ihrer Privatinteressen kämpfen. Erst die Dominanz dieser Privatinteressen, die Konkurrenz der Privatproduzenten untereinander, erzeugt ein „automatisches Subjekt“, einen ökonomischen Sachzwang, dem sich alle beugen müssen.

Diesen Stufen der Verselbständigung entsprechen Formen und Ausmaß der Spekulation. **Ein System verallgemeinerter Warenproduktion ist grundsätzlich spekulativ. Jeder einzelne Warenproduzent muss spekulieren.** Wo gesellschaftliche Arbeit in der Form voneinander unabhängiger Privatarbeiten verausgabt wird, ist nie sicher, dass diese Privatarbeit als Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit

Anerkennung findet, also ob und zu welchem Preis die Waren verkauft werden können. Es ist somit auch unsicher,

- ❖ ob das Kapital Profit abwirft und ob dieser groß genug ist, sich in der Konkurrenz der vielen Kapitale zu behaupten
- ❖ ob und in welchem Umfang Lohneinkommen entstehen.

Die Spekulation ist ein wesentliches Element der kapitalistischen „Realwirtschaft“. So wie der ganze Zweck der kapitalistischen Produktion, aus Geld mehr Geld zu machen, seinen konzentriertesten Ausdruck in der Zirkulation des Geldkapitals (G-G') findet, so findet die Spekulation ihren vollendeten, systematischen Ausdruck in der Spekulation des Finanzkapitals.

Jede Schöpfung von Kreditgeld, jede Bereitstellung von Krediten für die „Realwirtschaft“ beruht auf der Spekulation auf erfolgreiches ökonomisches Wachstum (Produktion und Verkauf von Waren) inklusive der Entstehung entsprechender Geldeinkommen (Profit und Lohn).

Alle Spekulation des Finanzkapitals bezieht sich letztlich immer auf den erfolgreichen Verkauf von Waren und die Entwicklung ihrer Preise. Das Finanzkapital spekuliert etwa auf Absatz und Preise von Rohstoffen und Nahrungsmitteln, es spekuliert auf erzielbare Profite von Unternehmen und es spekuliert auch auf die Entstehung von neuem Lohneinkommen. Jede Krise beruht auf dem Platzen einer Spekulationsblase und je größer die Bedeutung des Kredits und des Finanzkapitals wird, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass eine solche Krise ihren Ausgang nimmt von einer Krise des Finanzkapitals.

Insofern ist also die Spekulation nicht Folge, sondern beständige Ursache einer möglichen Überakkumulation von Kapital, die erst dann schlagend hervortritt, wenn die vermehrt produzierten Waren nicht absetzbar oder nur unter Wert absetzbar sind. Kreditvermittelt entsteht ständig Geldkapital, das sich erst noch verwerten muss, es wird ständig in zu viele Produktionsmittel investiert, die sich erst noch verwerten lassen müssen, es entstehen ständig größere Warenberge, die erst noch verkauft werden müssen. Ob als Ware, Geld oder Wertpapier, es handelt sich immer um Formen von Kapital, die es in seinem Verwertungsprozess von Produktion und Zirkulation beständig annimmt und wieder abstreift.

In der sogenannten Dot-Com-Krise Anfang des Jahrtausends platzte die Spekulation auf mögliche Umsätze und Profite vor allem in der Internetbranche; in der jetzigen Krise platzte die Spekulation auf die Entwicklung von Immobilienpreisen und auf entstehende Lohneinkommen, sowie deren Fähigkeit, den Profit der Banken und Fonds zu realisieren. Die Krisen des Finanzkapitals verschlingen sich immer stärker mit dem industriellen Zyklus. Das Wirken des internationalen Finanzkapitals, die Freiheit der Bewegung des Geldkapitals, prägt die Investitionstätigkeit und synchronisiert immer stärker den industriellen Zyklus aller kapitalistischen Länder. **Nur wer nicht vorwärts will zu einer Gesellschaft jenseits kapitalistischer Verwertungszwänge, sondern rückwärts, zu einer „Realwirtschaft“ mit beschleunigter Kapitalakkumulation, kann übersehen, welche progressive Rolle das Finanzkapital spielt bei der Herstellung von Bedingungen einer internationalen sozialen Revolution. Die Synchronisation der industriellen Zyklen, die Gleichzeitigkeit, in der die jetzige Krise die ganze kapitalistische Welt trifft, sind die wesentliche Bedingung für die Gleichzeitigkeit und Internationalität der Bewegungen, die um soziale Emanzipation kämpfen. Mögen die verheerenden sozialen Folgen je nach Entwicklungsstand eines Landes auch deutliche Unterschiede ausweisen, so tritt überall gleichermaßen hervor, wer der Verursacher des Dramas ist. Daraus ergibt sich die Möglichkeit der Verständigung über gemeinsame wie auch dem Entwicklungsstand entsprechende unterschiedliche Ziele, deren Realisierung das Übel an der Wurzel packen.**

Eine Ökonomiekritik, die nur die Verselbständigung und Spekulation des Finanzkapitals im Auge hat, ist eine Kritik an der Spitze des Eisbergs, die sich weigert, zur Kenntnis zu nehmen, dass neun Zehntel des Eisbergs unter der Wasseroberfläche verborgen liegen. Titanic lässt grüßen! Eine solche Kritik verkennt insbesondere, dass die „segensreiche Wirkung“ des Kredits für die „Realwirtschaft“ wesentlich Produkt von Spekulation ist.

Der Kredit ist zweifellos das Schmiermittel für die erweiterte Reproduktion von Kapital. Er bedeutet

letztlich immer einen Vorgriff auf künftige Geldeinkommen und ist damit spekulativ. Ohne den Kredit in allen seinen Formen (Kredit der Zentralbank an die Geschäftsbanken, Kredit der Geschäftsbanken untereinander, Kredit der Geschäftsbanken an die Unternehmen und an die Lohnabhängigen, Ratenzahlungskredite von Industrieunternehmen an ihre Kunden) aber und ohne die damit verbundene Spekulation, ist ökonomisches Wachstum, die erweiterte Reproduktion von bereits hoch akkumuliertem Kapital, überhaupt nicht möglich.

Exkurs:

Zu Marx Lebzeiten hatten Lohnabhängige weder Girokonten bei Banken, noch erhielten sie von diesen Banken Kredite, um sich etwa Autos, Wohnungseinrichtungen etc. kaufen, das erträumte Eigenheim bauen oder damit einfach Urlaube finanzieren zu können. Das wenige Geld bekamen sie bar ausgezahlt und „Kredit“ erhielten sich allenfalls beim Lebensmittelhändler um die Ecke.

Der Zins, den die heutigen Lohnabhängigen für ihre Kredite an die Banken zahlen müssen, stammt im Unterschied zu dem Zins, den Marx vor Augen hatte, nicht aus dem Mehrwert, dem Profit des produktiven Kapitals. Sie zahlen ihn aus ihrem Lohn, der groß genug sein muss, um diese Zinszahlungen und die Tilgung zu ermöglichen. Dieser Zins ist eine selbständige, neue Einnahme(Profit-)quelle der Banken, der aus den sich verändernden Reproduktionsbedingungen für die Ware Arbeitskraft entspringt und diese zugleich kennzeichnet. Der Konsumentenkredit ist Ausdruck der fortgeschrittenen Integration der Reproduktion von Ware Arbeitskraft in den Reproduktionsprozess des Kapitals. (vergl. dazu auch Günther Jacob in „Kapitalismus und Lebenswelt“ hier in trend online) Auch das eine Form reeller Subsumtion unter das (gesellschaftliche Gesamt-)Kapital, die allerdings nicht im unmittelbaren Produktionsprozess stattfindet. (Neben dem Konsumentenkredit gehört dazu auch das Verschwinden letzter Reste von Subsistenzproduktion, wie sie beispielsweise noch nach dem 2. Weltkrieg in ländlichen Regionen Westdeutschlands anzutreffen war.)

Die Geldeinlagen der Lohnabhängigen haben das Geschäftsfeld der Banken erweitert und bereichern es um den Konsumentenkredit. Damit zugleich werden die Möglichkeiten zur Erweiterung der Kapitalreproduktion vergrößert, nimmt aber auch die Anfälligkeit des System für Krisen weiter zu. Nichts im Kapitalismus ist unsicherer als die individuellen Lohneinkommen. Bleiben sie in der erforderlichen Größe aus, so reißt das schwächste Kettenglied in den ausgedehnten wechselseitigen Zahlungsverpflichtungen. Wurden diese Konsumentenkredite in großem Umfang verbrieft, mit weiterer Spekulation auf Rendite zu Wertpapieren geschnürt und weltweit womöglich noch mit steigenden Preisen gehandelt, so kann sich daraus schnurstracks ein tiefe Krise des ganzen Kreditüberbaus entwickeln. Bricht aber das Kreditsystem zusammen, so bricht die erweiterte Kapitalreproduktion zusammen. Produktions- wie Konsumtionsmittel werden in riesigem Umfang unverkäuflich. Unternehmenszusammenbrüche und steigende Lohnarbeitslosigkeit sind die Folge. Genau dies ist mit der US-amerikanischen Krise am Hypothekenmarkt eingeleitet worden.

In der aktuellen Situation muss man die enorme Bedeutung des Kredits eigentlich nicht theoretisch herleiten, die gesellschaftlichen Praxis führt das allen drastisch vor Augen. Je stärker die Vergabe von Krediten eingeschränkt wird, desto stärker bricht die „Realwirtschaft“ ein. Theoretisch erklärt werden muss lediglich, warum das Kreditsystem vom Kollaps bedroht ist und soweit eingeschränkt wird. Verantwortlich dafür ist nicht allein die Verselbständigung des Finanzkapitals, sondern die Summe der Verselbständigungen und die damit verknüpften Spekulationen, die ich oben angeführt habe. Vor allem aber kommt es darauf an die Verwertungsbedingungen des Kapitals in der sogenannten „Realwirtschaft“ ins Visier zu nehmen, die zugleich die Möglichkeiten und Grenzen erweiterter Kapitalreproduktion deutlich machen.

„Seit Beginn der achtziger Jahre hatten die USA radikal auf Liberalisierung gesetzt. Steuern senken, Vorschriften abbauen und ansonsten die Märkte sich selbst überlassen.: Mit diesem Programm hatte Ronald Reagan 1981 seine Präsidentschaft begonnen. Was folgte, war ein lang anhaltender Wirtschaftsaufschwung.

Vorangetrieben wurde er nicht zuletzt durch eine aggressive Politik des billigen Geldes, für die eine

zweite Ikone der amerikanischen Wirtschaftsblüte verantwortlich war: Notenbankchef Alan Greenspan. Wann immer Börsen und Finanzmärkte in den 18 Jahren seiner Amtszeit in Schwierigkeiten gerieten, Greenspan ertränkte die Krisen mit einer Flut billigen Geldes.. Der Aktiencrash in den asiatischen Tigerstaaten 1997, der Ausverkauf russischer Staatsanleihen ein Jahr später, der Zusammenbruch des Hedgefonds LTCM und schließlich das Platzen der New-Economy-Blase zum Beginn des Jahrtausends: Regelmäßig brachten die Rettungsaktionen des Notenbankchefs die weltweiten Börsen wieder auf Wachstumskurs. Was Greenspan übersah: Mit dem Anwerfen der Notenpresse legte er zugleich den Grundstein für die nächste Finanzblase, deren destruktive Energie von Eingriff zu Eingriff größer wurde.“

...

„Genährt mit billigem Geld und befreit von den meisten Regularien erlebte die amerikanische Finanzindustrie eine beispiellose Blütephase, deren exzessives Wachstum sich nicht nur in maßlosen Gehältern und protzigen Bürotürmen ausdrückte, sondern auch im Abzug eines Großteils der amerikanischen Wertschöpfung.

2007, zu Beginn der Krise, hatte der amerikanische Geld- und Kreditsektor einen Anteil von 14 Prozent an der Wirtschaftsleistung, erzielte aber 33 Prozent aller Unternehmensgewinne.“

SPIEGEL Nr. 40 vom 29.09.2008

Der Kredit selbst ermöglicht die erweiterte Kapitalreproduktion nur auf Zeit indem er die kaufkräftige Nachfrage erhöht. Er wird selbst zum Hemmschuh für diese erweiterte Reproduktion, weil er das produktive, Mehrwert erzeugende Kapital in steigendem Maße mit einer zusätzlichen Hypothek, dem Zins, belastet, ohne selbst die Produktion einer größeren Menge von Mehrwert zu bewirken. Als Anteil am gesamtgesellschaftlichen Mehrwert und Abzug vom Profit des produktiven Kapitals, verlangt der Zins jedoch eine dynamische Ausdehnung der unbezahlten Mehrarbeit. Dieser dynamischen Ausdehnung entstehen aber ständig sich erhöhende Hindernisse aus der wachsenden organischen Zusammensetzung des industriellen Kapitals (Stichwort Automation). So bedrohen sinkende Profitraten und wachsende Zinslasten das Kapital von zwei Seiten her und erzeugen das unvermeidliche Ende erweiterter Reproduktion in der Krise. Je weiter der Prozess kreditvermittelter Überproduktion vorangeschritten ist, desto stärker wird die Spekulation und die Waghalsigkeit der Kreditvergabe, bis die Blase platzt, das überdehnte Band wechselseitiger Zahlungsverpflichtungen an einer schwachen Stelle reißt und die Zahlungsunfähigkeit sich wie ein Steppenbrand ausbreitet.

Es geht hier nicht darum, die besondere Qualität des heutigen „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“, die besonders abenteuerlichen Formen seiner Spekulation, zu leugnen oder klein zu reden. Es geht darum, sie als notwendiges Produkt der kapitalistischen Entwicklung der Produktivkräfte zu verstehen und wider alle Theorien von einer „Abkoppelung“, die gerade ganz praktisch widerlegt werden, im Kontext der Erfordernisse erweiterter Kapitalreproduktion zu verstehen.

Die Banken sind überwiegend privatwirtschaftliche Unternehmen, wie das Industriekapital auch. Sofern es sich um Banken der öffentlichen Hand oder genossenschaftliche Banken dreht, müssen auch diese sich auf dem Markt behaupten. Um sich auf dem Markt gegenüber der Konkurrenz zu behaupten, müssen alle Unternehmen versuchen, ihren Umsatz zu steigern und möglichst großen Gewinn zu erwirtschaften. Eine wesentliche Voraussetzung für die Umsatzsteigerung ist die „Modernisierung“ von Produkten und die Entwicklung neuer Produkte. Das gilt auch für Banken und deshalb müssen sie unentwegt neue „Finanzprodukte“ entwickeln, ihre „Arbeitsproduktivität“ steigern, um ihren Umsatz zu vergrößern. Das Kreditgeschäft ist das Basisgeschäft der Banken und der daraus zu erzielende Gewinn ist der einkassierte Zins. Wenn die Banken den Bogen überspannen, wenn es zu einer realen Überproduktion von Kreditgeld kommt, so stoßen sie an die gleichen Grenzen des Systems der Lohnarbeit wie das Industriekapital. Dies tritt dann deutlich zu Tage, wenn die Zinsen aus den vorhandenen Profiten und Lohneinkommen nicht mehr bezahlt werden können, ganz so, als könnten die überproduzierten Waren nicht mehr gekauft werden. Das kann durch verschiedene Faktoren ausgelöst werden und wird durch

zunehmende Arbeitslosigkeit und die Durchsetzung von Niedrigstlöhnen verschärft. Der „Dienst“ der Banken an der „Realwirtschaft“ wird so zu einem Bären dienst und muss es werden im Fortgang des kapitalistischen Wirtschaftswachstums. Je größer das gesellschaftliche Kapital und je höher die Arbeitsproduktivität und daher die Unsicherheit jedes einzelnen kapitalistischen Unternehmens und der Lohnarbeit, desto spekulativer und risikoreicher die Ausdehnung des Kreditgeschäfts, desto größer daher die Gefahr, dass die Überproduktion von Waren auf der Basis von Lohnarbeit schlagend hervortritt in der Überproduktion von Kreditgeld. Die allgemeine Überproduktionskrise wird dann ausgelöst durch die „Finanzkrise“ aus Überproduktion von Kreditgeld, gerade weil der Kredit den Eintritt der Krise aus Überproduktion von Waren hinausgezögert oder abgeschwächt hat .

(Wenn die Banken ihre risikoreichen Kredite „verbriefen“ und in „Wertpapieren“ verpacken, dann machen sie das, um sich neue Geldquellen für ihr Kreditgeschäft zu beschaffen und dieses rascher ausweiten zu können. Sie verwandeln dadurch ihren Dienst am Industriekapital nur noch schneller in einen „Bären dienst“ mit noch größeren Folgen.)

Über die Maßlosigkeit des Kapitals

Jetzt wird die Maßlosigkeit des Finanzkapitals verantwortlich gemacht für die tiefe Krise der Weltwirtschaft. Die Parole „Zurück zur Realwirtschaft“ schließt auch ein, dass das Kapital auf maßvolle Profite und Zinsen festgelegt werden soll. Doch was ist das gesunde Maß von Profit und Zins, bei dem dauerhaftes stabiles Wachstum möglich ist und wie soll es fixiert werden in einer Marktwirtschaft, geprägt von gegensätzlichen Privatinteressen?

Es ist richtig, dass die jetzige Lawine durch die Maßlosigkeit des Finanzkapitals ins Rollen gebracht wurde und die Krise durch das Ausmaß der Spekulation eine besondere Schärfe erfährt. Jede wirkliche Krise erhält ihren Anstoß durch eine solche Maßlosigkeit. 1974/75 beispielsweise war es die „Maßlosigkeit“ der „Ölscheichs“, die drastische Erhöhung der Erdölpreise, die das Fass zum Überlaufen brachte. Es handelt sich immer um die Maßlosigkeit von Einzelkapitalen, Branchenkapitalen oder auch ganzer kapitalistischer Staaten, die den Zustand eines annähernden Gleichgewichts in dynamischer Überproduktion beendet. Das kann gar nicht anders sein in einem System, in dem das Sonderinteresse, das Privatinteresse als Produkt der Produktionsverhältnisse, über dem Allgemeininteresse steht. Ein Ereignis bringt das Fass zum überlaufen. Dieses Ereignis kann aber nur so wirken, weil das Fass bereits randvoll ist. Weder die Maßlosigkeit der Ölscheichs, noch die Maßlosigkeit jener Banker, die massenweise subprime-Kredite unters Volk brachten und diese obendrein verbrieften, waren die Ursache der tiefen Wirtschaftskrise, die sie auslösten. Wäre das Finanzkapital so verselbständigt und der „Realwirtschaft“ entrückt, wie oft getan wird, so könnte sein „maßloses Streben nach Rendite“ die „Realwirtschaft“ nicht in den Abgrund reißen.

Ein „gesundes Maß“ für Profit und Zins kann sich nur zufällig und vorläufig einstellen als Ergebnis der Konkurrenz der Sonder- und Privatinteressen. Die Konkurrenz, das Streben jedes Einzelkapitals nach möglichst hohem Anteil am gesamtgesellschaftlichen Mehrwert, das Streben nach größeren Marktanteilen und Maximalprofit, hebt ein solches Maß ebenso selbstverständlich wieder auf. Es kann keine Politik geben, die diese im System verankerte Tendenz aufheben kann, ohne dass das Privateigentum selbst fällt und durch Gemeineigentum ersetzt wird. Das Privateigentum durch Beschneidung seiner Freiheiten, durch Begrenzung seines Profits auf Betätigung im Sinne des Gemeinwohl festlegen zu wollen ist jedenfalls lächerlich. (Womit ich nichts gegen die Beschneidung dieser Freiheit und die Begrenzung des Profits gesagt haben will. Nur machen solche Maßnahmen aus dem Privateigentum keine soziale Einrichtung, aus der Marktwirtschaft keine „Marktwirtschaft für Menschen“.)

Die Maßlosigkeit des Kapitals in allen seinen Formen ist bereits angelegt im Geld, das gleichgültig ist gegenüber dem spezifischen Gebrauchswert von Waren. Es macht keinen Sinn, sich tausende Autos für den eigenen Gebrauch auf eine riesige Fläche angeeigneten Grund und Bodens zu stellen, Autos die man nicht nutzen kann. Aber es macht Sinn, diese Autos in Geld zu verwandeln, dadurch Milliarden an Dollars, Euros etc. aufzuhäufen, die sich gegen alles tauschen lassen, mit denen man sich alles kaufen kann. Diese Anhäufung von Reichtum in seiner abstrakten Form macht somit auch deshalb Sinn, weil sie

gesellschaftliche Macht verleiht.

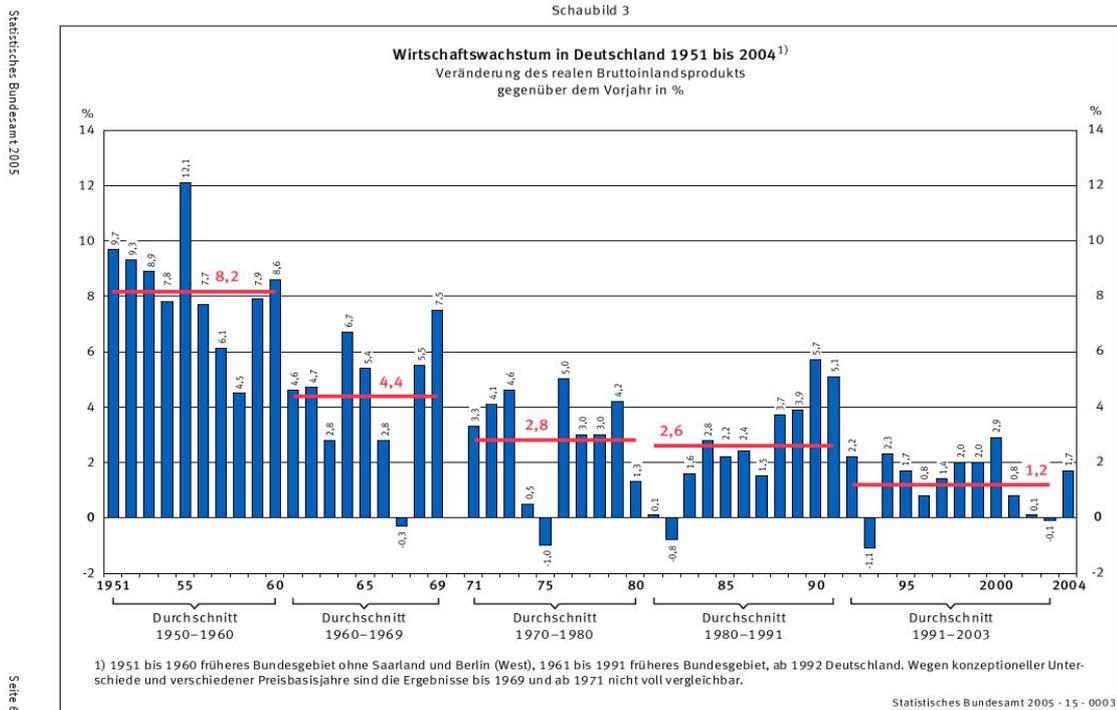
„Das Geld ist aber selbst Ware, ein äußerlich Ding, das Privateigentum eines jeden werden kann. Die gesellschaftliche Macht wird so zur Privatmacht der Privatperson.“ Kapital Bd. 1, S. 146

Das Geld schafft die Möglichkeit der Bereicherung, die im Kapital, der Verwertung von Wert, zum treibenden Motiv der Privateigentümer und zum Zweck der Produktion wird. Der Zwang jedes Einzelkapitals - um den Preis des eigenen Untergangs - den angeeigneten Mehrwert ständig vergrößern zu müssen, macht die Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zu einer *„Bewegung des rastlosen Gewinnens“* (Marx), für die es kein Maß gibt.

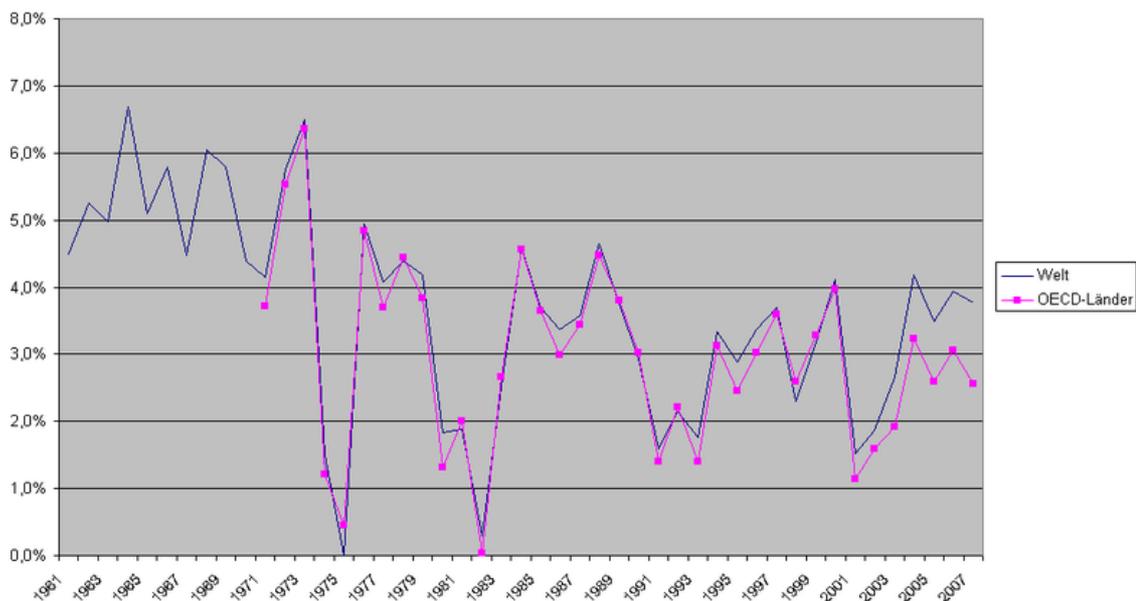
Die auf der subjektiven Seite entwickelte Gier von Menschen ist Produkt der objektiven (Produktions-) Verhältnisse. Wo Geld als Privatbesitz der Ausgangs- und Endpunkt der gesellschaftlichen Produktion, ist die Entwicklung einer maßlosen Gier vorprogrammiert und ganz und gar unvermeidlich. Man kann von jedem einzelnen Gebrauchsgegenstand genug haben, aber man kann nie genug Geld haben. Wer die subjektive Gier von Menschen für die Verhältnisse verantwortlich macht, der stellt den Zusammenhang auf den Kopf. Wer für die jetzige Krise des Kapitals die Gier einzelner Menschen verantwortlich macht, der hat nichts verstanden von den Verhältnissen, in denen die Produkte menschlicher Arbeit als Waren erzeugt werden.

Die Verselbständigung des Finanzkapitals und die Krise der „Realwirtschaft“ - oder: wie viel Krise darf es denn sein?

Zunächst einmal gilt es festzuhalten, dass das Kapital unabhängig von der Verselbständigung des Finanzkapitals und unabhängig von seiner speziellen Spekulation und „Renditegierigkeit“ Krisen produziert. Wirtschaftskrisen gehören zur „Realwirtschaft“, sind Teil des zyklischen verlaufenden Reproduktionsprozesses von Kapital.



Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts seit den 60er Jahren nach IWF und OECD



(Besonders in der Grafik über die BIP-Entwicklung der Welt und der OECD tritt die besondere Schwere der Krisen Mitte der 70iger und zu Beginn der 80iger Jahre hervor, die damals ebenso als Schock

empfundener wurden, wie die heutige Krise. Dass die folgenden Krisen weniger scharf ausfielen, ist „Erfolg“ des viel kritisierten „Neoliberalismus“, nicht zuletzt der Liberalisierung der Finanzmärkte.)

Die Dominanz des verselbständigten Finanzkapitals hat lediglich Einfluss auf den Verlauf der krisenhaften Reproduktion des Gesamtkapital. Seine Aktivitäten wirken widersprüchlich, indem dieselben Maßnahmen, die eine Konjunkturkrise abschwächen, gerade durch ihre doppelte Wirksamkeit (Ausdehnung der Märkte, Vergrößerung von Umsatz, bei gleichzeitig zunehmender Belastung von Profiten und Löhnen durch den Zins) eine noch größere vorbereiten!! Der Kredit löst die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals nur, um sie auf höherer Stufe zu reproduzieren. Die letzte Krise um die Jahrtausendwende wurde durch die hochspekulativen, riskanten Aktivitäten des Finanzkapitals abgemildert und es wurden Aufschwungimpulse gesetzt. Die gleichen Maßnahmen haben jetzt eine sehr viel größere Krise provoziert. (Ich komme darauf noch kurz zurück.)

Es gibt besondere Situationen, in denen das zyklische Auf und Ab des kapitalistischen Reproduktionsprozesses auf einem sehr hohen Niveau stattfindet und selbst im Tiefpunkt der Konjunktur das Kapital noch wächst. (z. B.: Situation in den hochentwickelten Ländern nach dem 2. Weltkrieg; Situation in den ehemals „sozialistischen“ Ländern, nach Zusammenbruch oder grundlegender „Reform“ des „Realsozialismus. Von den Kapitalverwertungsbedingungen her ist eine solche Situation immer gekennzeichnet durch eine enorme Masse „freigesetzter“ Menschen, die genötigt und bereit sind, für Niedriglöhne am Existenzminimum zu arbeiten.)

In der überzyklischen Tendenz löst das Kapital die Probleme seiner Verwertung nur, in dem es größere Schranken für die erfolgreiche Produktion und Realisierung von Mehrwert erzeugt. In den Wirkungen der Finanzkapitalaktivitäten, besonders natürlich in seinem Kreditgeschäft tritt dies am schlagendsten hervor. Die Rechnung mit dem verallgemeinerten „Defizitpendig“, wonach die Verschuldung, die die Krise überwinden hilft und die erweiterte Reproduktion stimuliert, in der Phase des Aufschwungs und Booms wieder abgetragen wird, geht in der Praxis nicht auf. Die Verschuldung bleibt auf hohem Niveau und wird allgemein, staatlich und/oder privat. Es bleiben nicht nur vermehrte Eigentums- und Zinsansprüche zurück, sondern sie werden überzyklisch progressiv aufgebaut. So entsteht eine Überakkumulation von Geldkapital als Ausdruck der allgemeinen Überakkumulation von Kapital.

Der tendenzielle Fall der Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals

Zurück zur „Realwirtschaft“. Deren Wachstumsraten fallen in der überzyklischen Tendenz und im Tiefpunkt der Konjunktur schrumpft das gesellschaftliche Gesamtkapital. Mit Marx lässt sich diese Entwicklungsdynamik fallender Wachstumsraten des BIP auf den tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate zurückführen.

Die Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals ist Produkt der Konkurrenz. In ihrem Fall drückt sich das wachsende Missverhältnis zwischen dem gesamten Kapitalvorschuss und der erzielbaren Mehrwertmasse aus. Der Kapitalvorschuss für eine bestimmte Mehrwertmasse wird immer größer, bzw. die Mehrwertmasse nimmt relativ zum angelegten Kapital ab. (Wie beispielsweise Michael Heinrich richtig feststellt, sind Wert und Mehrwert keine empirischen Kategorien, lassen sich also nicht an Hand empirischen Zahlenmaterials direkt berechnen. Also lässt sich auch die relative Abnahme der durch ein Kapital gegebener Größe erzielbaren Mehrwertmasse nicht direkt berechnen.)

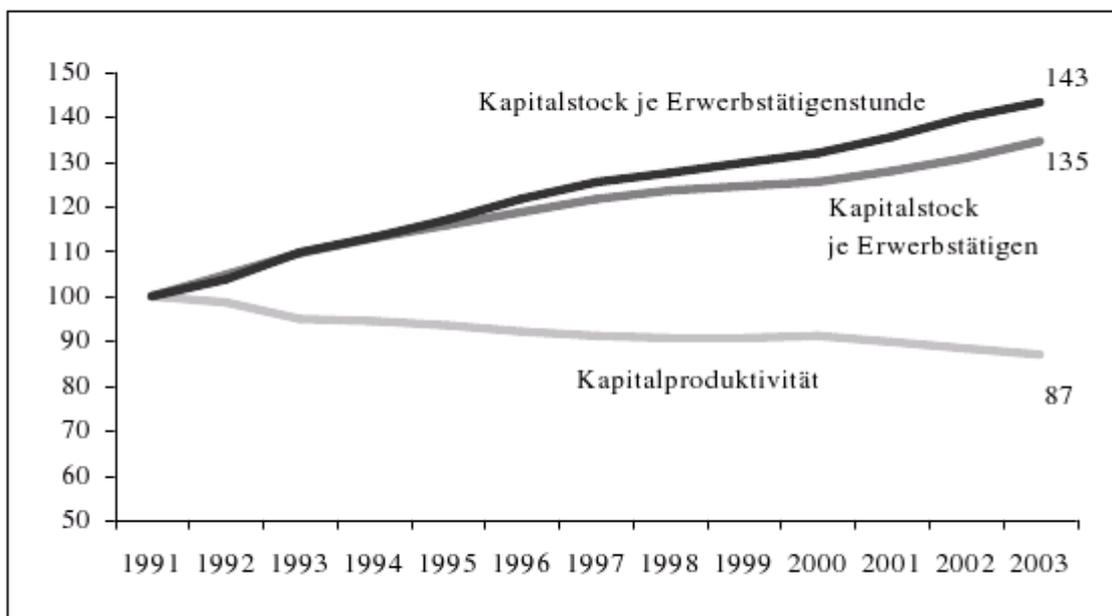
Der tendenzielle Fall der Durchschnittsprofitrate erklärt weder den zyklischen Verlauf des Reproduktionsprozesses noch eine konkrete Krise, aber er erklärt eine Entwicklungstendenz, in der das Wachstum des Kapitals schwächer wird und Krisen sich verschärfen. Die zyklische Bewegung der „Realwirtschaft“ selbst hat ihre Basis in der Investitionstätigkeit der Unternehmen, die als Kernprozess der Konjunktur bezeichnet werden kann. Jeder Aufschwung wird eingeleitet durch ausgedehnte Neuanlage von fixem konstanten Kapital (Gebäude, aber vor allem neue, verbesserte Technik, die die Arbeitsproduktivität erhöht). Jeder Abschwung wird dadurch eingeleitet, dass im Boom mit dieser erhöhten Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, diesem optimierten Produktionsapparat, die Produktion bis aufs äußerste gesteigert wird, ohne Rücksicht auf die Grenzen der real begrenzten kaufkräftigen Nachfrage. Die Grenzen der kaufkräftigen Nachfrage werden überschritten, die

Überproduktion von Waren findet keinen Absatz mehr. Usw.
 (Ich komme auf den unter Bedingungen einer strukturellen Überakkumulation sich verändernden Zusammenhang von Investition und Endnachfrage zurück.)

Selbst eine direkte Berechnung dieser Durchschnittsprofitrate an Hand des Zahlenmaterials, dass uns die bürgerliche Statistik liefert, ist umstritten, und ich will mich auch hier nicht an den unterschiedlichen Berechnungsarten abarbeiten, die dann jeweils zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führen. Ich halte mich dagegen an die Parallelität ökonomischer und sozialer Indikatoren, die in ihrer Bewegungsrichtung auf einen tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals hinweisen. Da wären vor allem die Entwicklung der Wachstumsraten des BIP (s.o.), die Entwicklung der Kapitalintensität ...

Kapitalintensität und Kapitalproduktivität

- Kapitalintensität¹⁾ und Kapitalproduktivität²⁾ in Deutschland, Index 1991 = 100 -



1) Kapitalintensität: Kapitalstock in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen und je Erwerbstätigenstunde.

2) Verhältnis des Bruttoinlandsprodukts zum Kapitalstock jeweils in Preisen von 1995.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



(Die steigende Kapitalintensität lässt sich in den entwickelten kapitalistischen Ländern bis in die 50iger Jahre zurück verfolgen.)

... und die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen zu erwähnen. Besonders die sogenannte „Pleitenflut“ der kleinen und mittleren Unternehmen deutet auf eine relative Abnahme der gesamtgesellschaftlich erzielbaren Mehrwertmasse hin.

Nach einer Schätzung von Deutschlands führendem Kreditversicherer (Allianz Gruppe) wird der viel gefeierte Rückgang der Pleiten (2006, R.S.) in den letzten zwölf Monaten bereits im neuen Jahr wieder zum Stillstand kommen, die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche sogar ansteigen, und zwar um 3,6 Prozent auf 40.000. Das wäre ein neuer Negativrekord !

Besorgniserregend ist die steigende Insolvenzquote

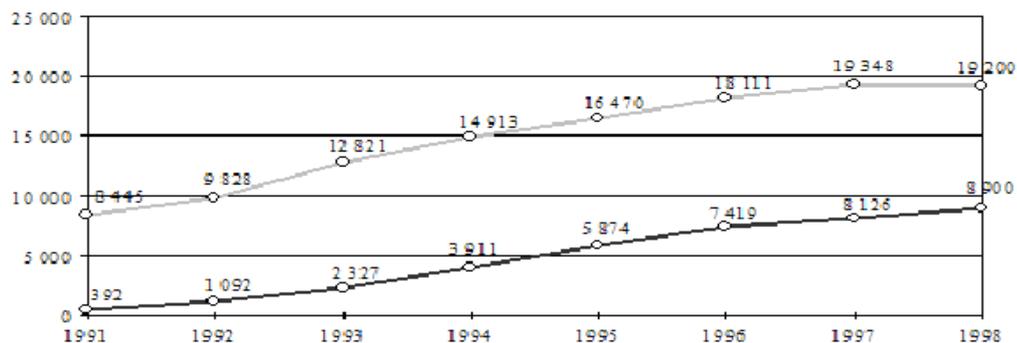
Interessanter als absolute sind auch hier relative Insolvenzzahlen. So liegt die „Insolvenzquote“, also das Verhältnis zwischen insolventen Firmen und bestehenden Unternehmen, derzeit bei 1,3 Prozent, bzw. bei 130 Pleiten je 10.000 Unternehmen. Für 2006 rechnet Euler Hermes sogar mit 137, die Quote erreicht dann fast 1,4 Prozent. Anfang der siebziger Jahre betrug sie dagegen nur 0,2 Prozent.

Die Insolvenzquote ist somit in den zurückliegenden Jahrzehnten „schubartig“ gestiegen, und zwar jeweils im Gefolge der drei Rezessionen in den siebziger, achtziger und neunziger Jahren sowie der Wachstumsschwäche seit Beginn dieses Jahrzehnts. Allerdings bildete sich die Quote in den konjunkturell guten Jahren nicht genügend zurück, so dass jeweils die nächste Rezession von einem höheren Sockel aus begann. Eine wirkliche Erholung fand nur während der langjährigen Aufschwungphase in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre statt.

Trauriges Fazit der Kreditversicherer: „Langfristig nimmt die Insolvenzquote zu.“

Und immer mehr gute Firmen gehen pleite

Besorgniserregend ist zudem, dass immer mehr eigentlich gut aufgestellte („markterfahrene“) Unternehmen vom Pleitestudel erfasst werden. So stieg deren Anteil von 20 Prozent Anfang der neunziger Jahre auf aktuell 30 Prozent, ein deutliches Indiz für die Verfestigung der Insolvenzanfälligkeit innerhalb der letzten zehn Jahren. Quelle: Das Ende der Pleitewelle ? Insolvenzprognose 2006 für Deutschland und die Industrieländer, Wirtschaft Konkret, Nr. 411, Euler Hermes Kreditversicherung (Allianz Gruppe)



Im letzten Jahr gab es ca. 29.000 Insolvenzen und für 2009 werden rund 35.000 erwartet.

Wenn der Gewinn der Einzelkapitale aus einem Anteil am gesamtgesellschaftlichen Mehrwert besteht, so zeigt die „Pleitenflut“ an, dass der gesellschaftliche Gesamtmehrwert nicht groß genug ist, um den Profitbedarf des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zu decken. Da wir es mit einem System der freien Konkurrenz vieler Einzelkapitale zu tun haben, ist es ausgeschlossen, dass alle Einzelkapitale gleichmäßig weniger Profit erzielen. Der Kampf der verfeindeten Brüder sorgt dafür, dass besonders kleine und mittlere Kapital mit geringerer Arbeitsproduktivität sich nicht erfolgreich verwerten können, zahlungsunfähig werden und ausscheiden. Eine Entwicklungsdynamik vermehrter Insolvenzen deutet also auf eine Tendenz der relativen Abnahme der Mehrwertmasse hin. Eine sich entwickelnde „Pleitenflut“ bedeutet damit zugleich Überakkumulation von Kapital. Ebbs diese „Pleitenflut“ im Konjunkturaufschwung nicht signifikant aber, wächst sie gar überzyklisch ähnlich hartnäckig, wie die Lohnarbeitslosigkeit, so kann man mit Fug und Recht von einer „strukturellen Überakkumulation“ sprechen.

Produktion und Realisierung von Mehrwert

Krisen zeigen sich auf der Oberfläche der Zirkulation (G-W-G') als Zurückbleiben der kaufkräftigen Nachfrage gegenüber dem Warenangebot. Diese Unterkonsumtion ist jedoch verankert in der Produktionsverhältnissen, dem monopolisierten Privateigentum an Produktionsmitteln und dem Warencharakter der menschlichen Arbeitskraft. Letztere ermöglicht die **Produktion von Mehrwert**, weil ihr Preis grundsätzlich durch ihren Wert beschränkt wird, ihre Anwendung durch das Kapital jedoch mehr Wert liefert, als zur Reproduktion der Arbeitskraft nötig ist. Der durch den Wert begrenzte Preis der Ware Arbeitskraft schränkt jedoch zugleich die Möglichkeiten der **Realisierung von Mehrwert** ein. Sofern die wachsende Kaufkraft der Löhne (Lohnsumme) nötig ist, für die Realisierung von wachsendem Mehrwert, muss sie bestimmt werden von der Zunahme der Anzahl der gleichzeitig beschäftigten LohnarbeiterInnen. Würden dagegen die individuellen Löhne aller Lohnabhängigen über den Wert der Ware Arbeitskraft steigen, so würde das die Möglichkeiten der **Produktion von Mehrwert** stark einschränken oder

unmöglich machen (starke Lohnerhöhungen in Boomphasen als „Sturmvogel der Krise“). Das gesamte Mehrprodukt wäre ggf. absetzbar, aber wir hätten es nicht mehr mit Kapitalismus zu tun, Aneignung von Mehrwert und Kapitalakkumulation hörten auf. (Nach Marx ist daher der letzte Grund aller wirklichen Krisen die Unterkonsumtion der Massen. Diese Unterkonsumtion ist allerdings in den Produktionsverhältnissen, dem Lohnsystem selbst, systematisch verankert. Ihr mit Lohnerhöhung beikommen zu wollen, dass verkennt diesen Charakter der Unterkonsumtion, wie es alle Konsequenzen aus dem Warencharakter der Arbeitskraft verkennt.)

Was von der (End-)Nachfrageseite her als Unterkonsumtion erscheint, erscheint von der Angebotsseite als Überproduktion von Waren, in denen bezahlte Arbeit und unbezahlte Mehrarbeit sich vergegenständlicht hat. Die Überproduktion von Waren bedeutet zugleich Überproduktion von Kapital, dass bei seiner Metamorphose von Geld zu Ware und von Ware zu mehr Geld, im Warenstadium stecken bleibt. Diese Überproduktion von Waren zeigt ferner eine Überakkumulation von Kapital in Gestalt des fixen konstanten Kapitals (Maschinen, Gebäuden, etc.) an. Es ist, gemessen an der Aufnahmefähigkeit der Märkte, der vorhandenen kaufkräftigen Nachfrage, zu viel Geld in Produktionsmittel investiert worden, deren Anwendung in Folge eine nicht absetzbare Menge an Waren erzeugt.

Jede Krise des Kapitals gibt uns einen Wink mit dem Zaunpfahl auf ihre Ursachen. In jeder Krise wird Kapital vernichtet (Entwertung und physische Vernichtung), werden LohnarbeiterInnen entlassen und Löhne gesenkt. Diese „Leistungen“ der Krise schaffen die Voraussetzung für neuen Aufschwung. Sie machen zugleich deutlich, dass eine Überakkumulation bezogen auf gegebene, ungenügende Verwertungsbedingungen die Ursache der Krise waren. Die Überakkumulation wird durch Vernichtung von Kapital beseitigt oder reduziert (weniger Einzelkapitale balgen sich um den gesamtgesellschaftlichen Mehrwert) und die besseren Verwertungsbedingungen werden durch Steigerung der Arbeitsproduktivität und –intensität bei Verringerung der Zahl der Lohnabhängigen und das Senken der Löhne realisiert.

Eine sogenannte Phase „beschleunigter Kapitalakkumulation“ mit dauerhaft hohen Wachstumsraten und vergleichsweise schwachen Konjunkturerbrüchen, setzt immer besonders günstige Verwertungsbedingungen voraus, die eine zum Eklat drängende Überproduktion und Überakkumulation verhindern. Das verlangt vor allem anderen ein großes Überangebot von Lohnarbeitskräften, die bereit sind, sich zu niedrigsten Löhnen ausbeuten zu lassen. Wie bereits erwähnt, können solche Bedingungen eintreten nach einem Krieg, oder durch anderweitige „Freisetzung“ von Menschenmassen, etwa während der Zeit der sogenannten „ursprünglichen Akkumulation“ oder nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus. Unter den Bedingungen, die heute in den hochentwickelten Ländern herrschen, ist eine solche beschleunigte Akkumulation undenkbar! Sie könnte nur wieder erzeugt werden durch entsprechende Verwertungsbedingungen, sprich riesige Massenarbeitslosigkeit und die dadurch geschaffene Bereitschaft zu Hungerlöhnen zu arbeiten. Um diese Gedanken nachzuvollziehen, muss man gar nicht die Geschichte bemühen. Es reicht, wenn man die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von Ländern wie China, Russland, Indien etc. mit denen in Deutschland, England, Frankreich etc. vergleicht. Schaut man genauer hin, dann werden diese hohen Wachstumsraten des BIP in China etc. aber nicht nur durch die entwurzelte Landbevölkerung allein erklärlich. Auch hier bedurfte und bedarf es der entsprechenden Bereitstellung von riesigen Mengen an Geldkapital. Diese Finanzmittel kommen heute nicht aus dem Marshall-Plan einer Supermacht, die sich daran macht den Weltmarkt zu rekonstruieren, sondern wurden und werden bereitgestellt durch die liberalisierten Finanzmärkte der Welt. Es grenzt an pure Heuchelei und verbirgt den „verschämten imperialistischen Nationalismus“ mancher Keynesianer, wenn dieser Zusammenhang nicht berücksichtigt wird. Man zieht es im Zweifelsfall vor, den „Verlust guter Arbeitsplätze“ hier zu bejammern. Tatsächlich aber sähe es um die „guten Arbeitsplätze“ hier sehr viel schlechter aus, hätte die Liberalisierung der Finanzmärkte nicht für die entsprechende Mobilität des Geldkapitals gesorgt. Ohne die Wachstumsimpulse Chinas, Russlands etc. für die Weltwirtschaft, hätte es hierzulande in den letzten Jahren erheblich weniger Wirtschaftswachstum gegeben, speziell in der Investitionsgüterindustrie, dem Zugpferd des deutschen Kapitals.

Voller Neid blickten die „Industriekapitäne“ auf die im wahrsten Sinne des Wortes grenzlose Freiheit des Finanzkapitals. „*Gebt uns unsere Freiheit zurück!*“ Verlangte der Chef des BDI im Jahr 2000. Nur diese

grenzenlose Freiheit würde auch dem Industriekapital wieder Renditen erlauben, die jenen des Finanzkapitals vergleichbar wären.

Zu dieser Freiheit des Industriekapitals gehört es, „*Personal ein- und auszuatmen*“, wie es der Inflation-Boss kürzlich – die Entlassungen kommentierend – ausposaunte. Dieses Ein- und Ausatmen von Personal ist eines der entscheidenden Mittel, um Rentabilität zu erhöhen. Wie beim Tauchen, so ist auch hier das Ausatmen besonders wichtig. Nur wenn das Kapital genug Personal ausatmen kann, wird das Gift der zu teuren Lohnarbeit aus dem Körper entfernt. Nur billigste Lohnarbeit erlaubt es, die Mehrwertrate so weit zu erhöhen, dass die Tendenz sinkender Profitraten gestoppt bzw. umgekehrt werden kann. (vergl. meine „Materialien zur Kritik der monetären Werttheorie“)

Wachsende organische Zusammensetzung von Kapital

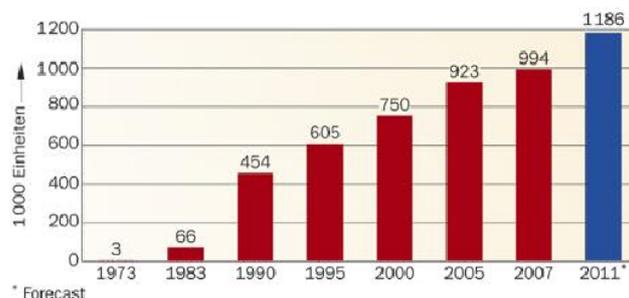
Je mehr der Einsatz arbeitssparende Technologien (Produktionsmittel) die Produktivkraft der menschlichen Arbeit steigert, desto häufiger und stärker drängt der Widerspruch zwischen der stürmischen Entwicklung der Produktivkräfte und der durch die Produktionsverhältnisse selbst beschränkten Konsumtionsfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft zum Eklat.

Die überall zum Einsatz kommenden arbeitssparenden Technologien, mit deren Hilfe in immer kürzerer Zeit immer mehr Waren produziert werden, finden in der Automationstechnologie ihren vollendetsten Ausdruck. Wie die Erfolgsbilanz (Wachstumsraten des Umsatzes etc.) jener Industrien, die diese Technologien entwickeln und auf den Markt bringen, unterstreicht, investierte das Kapital in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer stärker in die Automationstechnologie.

Mit der Automationstechnologie ist aber eine Stufe der Arbeitsproduktivität erreicht, in der die relative Abnahme der angewandten Lohnarbeit kaum noch durch eine absolute Vergrößerung des Kapitals, also auch der dadurch erreichbaren absoluten Zunahme von Lohnarbeit kompensiert werden kann, was wiederum einschneidende Konsequenzen für das Verhältnis vom erzielbaren Mehrwert zum insgesamt vorgeschossen Kapital hat. Wäre diese Automationstechnologie die einzige noch zum Einsatz kommende Technologie, dann wäre die von Robert Kurz seit Jahren verkündete „finale Krise“ vielleicht Realität.

Industrieroboter - Schlüsselkomponente für die Automation

Im letzten Jahr waren weltweit insgesamt 6,5 Mio. Roboter im Einsatz: rund 1 Mio. Industrie- und 6 Mio. Serviceroboter. Bis 2011 sollen es insgesamt mehr als 18 Mio. sein, davon 1,2 Mio. Industrieroboter. Die Marktzahlen, Einschätzungen, Trends und Prognosen hat das IFR Statistical Department nun in seinem aktuellen Bericht „World Robotics 2008“ veröffentlicht.



2007 waren laut IFR weltweit rund 1 Mio. Industrieroboter im Einsatz; bis 2011 sollen es rund 1,2 Mio. sein (Quelle: IFR)

(ein paar genauere Informationen dazu im Anhang)

Exkurs:

Der hier angezeigte Einsatz von Robotern in der Industrie ist ebenfalls nur die Spitze eines Eisbergs und

die angeführte Statistik erfasst längst nicht alle tatsächlich eingesetzten Roboter. Zum Beispiel: In den letzten Jahrzehnten hielten überall CNC-gesteuerte Werkzeugmaschinen und Bearbeitungszentren Einzug in die Fertigung. Jede dieser Maschinen enthält einen typischen Handhabungsroboter für den Werkzeugwechsel. Die mehr oder weniger zahlreichen Werkzeuge (Bohrer, Drehmeißel, etc.) sind in einem Magazin gelagert. Über ein Computerprogramm gesteuert entnimmt ein Greifarm das Werkzeug und steckt es in die Werkzeugaufnahme der Maschine. Wird das Werkzeug nicht mehr benötigt, bzw. ist ein anderes für den nächsten Bearbeitungsschritt erforderlich, so tritt der Greifarm erneut in Aktion. Der Einsatz solcher CNC-gesteuerten Werkzeugmaschinen bedeutete einen enormen Fortschritt in der Arbeitsproduktivität.

Mit der Veränderung der technischen Zusammensetzung des Kapitals und der dadurch bedingten Veränderung in der Wertzusammensetzung (konstantes zu variablem Kapital) wächst der erforderliche Kapitalvorschuss für die Erweiterung der Produktion. Investitionen werden in immer größerem Umfang abhängig von den Krediten der Banken ... oder auch von der risikoreichen Beteiligung an dem spekulativen Handel mit fiktivem Kapital an den Finanzmärkten. (Letzteres gilt nur für die großen Kapitale). Die großen Kapitale der „Realwirtschaft“ sind in den letzten Jahren immer stärker auch zu Finanzkapitalen geworden. Die Grenzen verschwimmen. Wenn Porsche in seiner Bilanz einen erheblichen größeren Nettogewinn als Umsatz ausweisen konnte, so spricht das Bände. Die Finanzspekulation wird allgemein.

Der jetzige, alles überrollende Crash an den Finanzmärkten zeigt an, wie groß die Diskrepanz zwischen Produktivkraft der Gesellschaft und ihrer realen Konsumtionsfähigkeit wirklich geworden ist. In allen Bereichen der „Realwirtschaft“ brechen Aufträge und Umsätze in großem Umfang ein. Er zeigt, dass die kapitalistische Gesellschaft ohne den spekulativen Vorgriff auf künftig zu „erwirtschaftende“ Geldeinkommen, ohne erfolgreiche Reproduktion des fiktiven Kapitals auf ständig wachsender Stufenleiter, in die soziale Katastrophe schlittert, weil die real erzielten Geldeinkommen (Profite und Löhne) offensichtlich nicht ausreichen, um das ungeheure Mehrprodukt als Mehrwert zu realisieren. Die allseits verlangte Beschneidung der Freiheiten des Finanzkapitals, wird die existierenden, grundlegenden Widersprüche nicht lösen, sondern sie kurzfristiger aufdecken und zuspitzen. Sie wird die erweiterte Reproduktion von Kapital nicht fördern, sondern sie erschweren. Sollten die Begrenzer der Freiheit des Finanzkapitals und Rückkehrer zur „Realwirtschaft“ Erfolg haben, so wäre das gut und nicht schlecht. Nicht, weil das den Kapitalismus reparieren und das Kapital vor sich selbst beschützen würde, sondern weil die Systemfrage sich noch dringlicher stellen wird.

Es ist weder falsch noch illusorisch, für eine stärkere gesellschaftliche Kontrolle des Finanzkapitals zu streiten. Das ist genauso wenig falsch und illusorisch, wie der Kampf um mehr gesellschaftliche Kontrolle des Industriekapitals. Illusorisch wird das Ganze, wenn man meint, dadurch eine krisenfreie kapitalistische Wirtschaft mit dauerhafter sozialer Sicherheit und allgemeiner Wohlfahrt konstruieren zu können und es wird bürgerlich, wenn man mit solchen Positionen eine Diskussion und Verständigung über sozialistische Ziele blockiert .

Das Privateigentum lässt sich nicht auf Gemeinwohl verpflichten und es ist absurd, das Gemeinwohl vom Wachstum des Kapitals abhängig zu machen.

Man kann die Wirkungsweise des Wertgesetzes beschränken, indem man die Freiheit der konkurrierenden Warenproduzenten und -Anbieter einschränkt. Man kann bei entsprechendem Willen und politischer Stärke die Wirkungsweise des Wertgesetzes (Wirkung von Angebot und Nachfrage) sogar weitgehend ausschalten, aber dann ist der Motor für Wachstum der kapitalistischen Privatproduktion entweder ausgebremst oder ganz abgestellt. In einer auf Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaft ist und bleibt der Profit das Steuerungszentrum für die ökonomische Entwicklung. Man kann kapitalistische Ökonomie weder von der Angebotsseite her krisenfrei steuern, noch von der Nachfrageseite her. Anzustrebende Reformen können und sollen nicht dazu dienen, das Kapital wieder flott zu machen, sondern es zu schwächen und an eine soziale Revolution heranzukommen.

Keynesianismus – Eigentore und offene Fragen

Nicht ohne Triumphgefühl verkünden Keynesianer unterschiedlichster Couleur den Bankrott des Neoliberalismus und werden nicht müde, die aktuelle, schwere Weltwirtschaftskrise als Produkt neoliberaler Wirtschaftspolitik und neoliberaler Unternehmenspraxis darzustellen. Sofern diese Krise jedoch überhaupt auf eine verfehlte Politik und verfehlte Unternehmensstrategien zurückzuführen ist, handelt es sich um eine gelungene Mischung aus keynesianischer Finanzpolitik und institutionalisierter neoliberaler Unternehmenspraxis. Die angebliche „Ideologiefreiheit“, der sogenannte „Pragmatismus“ bürgerlicher Politik ist im Allgemeinen nichts anderes als die folgerichtige Umsetzung ökonomischer Notwendigkeit, wie sie sich aus den Gesetzen des Marktes und den daraus resultierenden Zuständen ergibt. Keine bürgerliche Partei, die politische Macht ausübt, kann sich ihrem Auftrag entziehen, Rahmendingungen für Kapitalverwertung zu gestalten. Dieser Auftrag kann heute lauten, mehr Freiheiten für das kapitalistische Privateigentum durchzusetzen, und er kann morgen lauten, durch staatliche Maßnahmen (Regulation, Konjunkturprogramme, Verstaatlichung einzelner maroder Unternehmen) die gesamte Reproduktion von Kapital vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

I.

Nationalökonom Stephan Schulmeister (nomen est omen?) vom österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung in Wien hat – vor Beginn der jetzigen Weltwirtschaftskrise - in einem Artikel „Die 'ausgeblendeten' Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise...“ die „wahren“ Ursachen der ökonomischen Wachstumsschwäche in Deutschland und Europa zwischen 1991 und 2005 „eingebildet“. Gleichzeitig hat er am „positiven“ Beispiel der USA gezeigt, wie man erfolgreich ökonomisches Wachstum des Kapitals erzeugen und eine antizyklische Politik betreiben kann. Unter der Zwischenüberschrift „Keynesianische Geld- und Fiskalpolitik in den USA“ heißt es da u.a.:

„In den USA reagierte die Wirtschaftspolitik auf die Wachstumsverlangsamung im Lauf des Jahres 2000 mit einem raschen Wechsel zu einem expansiven Kurs.

Der Rückgang der Kreditzinsen - die Prime Rate sank von 9,0% auf 4,0% - reduzierte die Zinsenlast von Unternehmen und Haushalten, für die überdies die Umschuldung von Hypothekarkrediten zu einer wichtigen Einnahmequelle wurde.

Das anhaltend niedrige Zinsniveau und die Erwartung einer auch mittelfristig expansiven Geldpolitik förderten die Bereitschaft von Unternehmen und Haushalten, zusätzliche Investitions-, Konsum- und Wohnbaudarlehen aufzunehmen.

Insbesondere die Wohnbauinvestitionen profitierten von der markant antizyklischen Geldpolitik, sie expandierten zwischen 2000 und 2004 um insgesamt 25,6%. ...

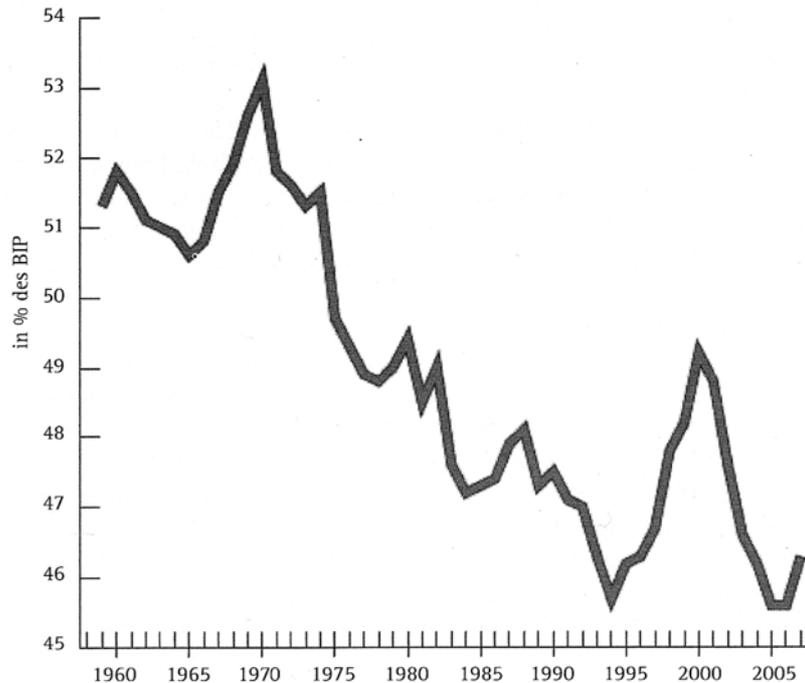
Die sinkende Belastung der privaten Haushalte mit Zinszahlungen und Steuern als Folge der expansiven Geld- und Fiskalpolitik sowie die positiven Vermögenseffekte weiterhin steigender Immobilienpreise (gefördert durch die Zinssenkungen) waren die wichtigsten Gründe, warum der private Konsum trotz Rezession, steigender Arbeitslosigkeit und erhöhter Unsicherheit als Folge der Anschläge vom 11. September 2001 zwischen 2000 und 2004 um 13,1% expandierte und damit rascher als das verfügbare Realeinkommen (+10,7%).“ www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/schulmeister.pdf

Ja, ja, die Geister, die sie riefen! Kann man sich ein schöneres Eigentor vorstellen? Als „Ökonom“ müsste der Mann doch eigentlich „tot“ sein. Zu gern würde ich hören, was er heute so an „wissenschaftlichen“ Erkenntnissen verbreitet. Eben diese phantastische, expansive „keynesianische Geld und Fiskalpolitik in den USA“ hat die Lawine ins Rollen gebracht, die heute die ganze Welt der Kapitalverwertung zu verschütten droht. Manche Keynesianer sind eben einfach nur Fetischisten ökonomischen Wachstums („Bastard-Keynesianismus“), die bereits leuchtende Augen bekommen, wenn es gelingt durch „Defizitpending“ etwas Wachstum des Kapitals zu induzieren. Dabei wird hartnäckig unterstellt, das die Begleichung der Schuld im folgenden Aufschwung kein Problem sei. Funktioniert hat das wie gesagt noch nicht.

II.

In den USA hatte man es fertig gebracht, trotz sinkender Reallöhne, die Endnachfrage ganz im keynesianischen Sinne zu stärken. Magdoff und Foster stellen im Supplement zur Nr. 2/2009 der Zeitschrift „Sozialismus“ „einen steilen Niedergang des Anteils der Löhne und Gehälter am BIP zwischen den 1960er Jahren und der Gegenwart“ fest (S.22).

Abbildung 3: Aufwendungen für Löhne und Gehälter als Prozentsatz des BIP



Quellen: Economic Report of the President, 2008, Tabelle B-1 (GDP), Tabelle B-29 – Quellen des persönlichen Einkommens, 1959–2007.

Die Autoren bemerken dann weiter:

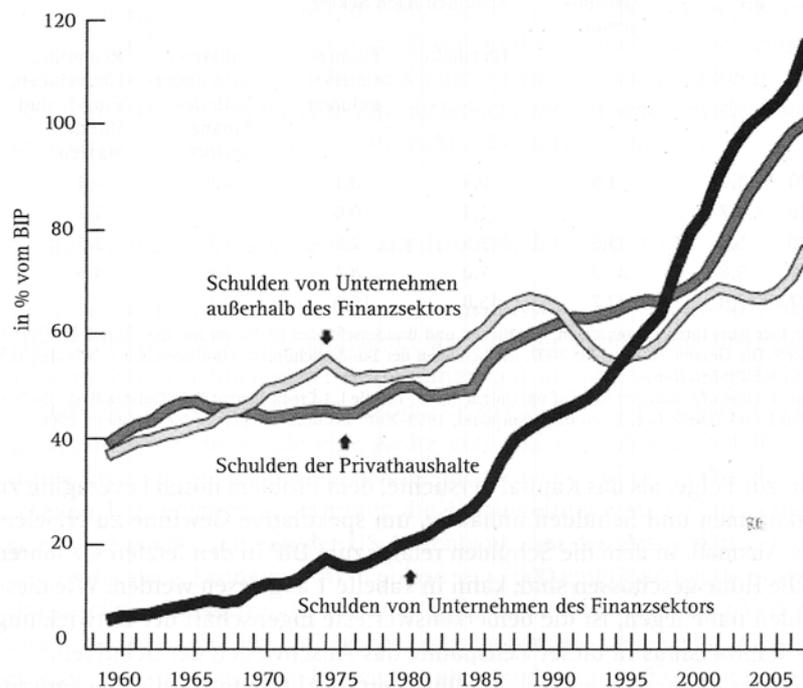
„Das wahrhaft Bemerkenswerte unter diesen Umständen war, dass der Konsum der Haushalte weiterhin anstieg, von etwas über 60% des BIP in den frühen 1960er Jahren auf um die 70% 2007.

.... Die Verschuldung privater Haushalte wurde, insbesondere in den späteren Phasen der Immobilienblase, durch einen dramatischen Anstieg der Immobilienpreise vorangetrieben, die es den Verbrauchern ermöglichten, auf ihren gestiegenen Eigenkapitalanteil immer höhere Kredite aufzunehmen ... - ein Prozess, der abrupt endete, als die Blase platzte und die Häuserpreise zu fallen begannen.“..

Die Schulden privater Haushalte wuchsen „zwischen 1960 und 2007 von etwa 40% auf 100% des BIP an, mit einem besonders steilen Anstieg seit den späten 1990er Jahren.

Dieses Konsumwachstum auf der Grundlage zunehmender Haushaltsverschuldung sollte sich als Achillesferse der Wirtschaft erweisen.“ (ebenda S. 24)

Abbildung 1: Privatschulden als Prozentsatz des BIP



Quellen: Siehe Tabelle 1.

Exkurs

An dieser Stelle komme ich zurück auf das Verhältnis zwischen Investition und Konsumtion (Endnachfrage) und ihrer veränderten Bedeutung im Konjunkturzyklus bei „struktureller Überakkumulation“. Wie man am Beispiel der USA sieht, gewinnt der Konsum privater Haushalte eine immer größere Bedeutung für das Wirtschaftswachstum. Über Jahre wurde auch in Deutschland die „Kaufzurückhaltung“ der Endverbraucher bejammert und träumte man von Wachstumsimpulsen à la USA. In Wirklichkeit ist die zunehmende Bedeutung der Endnachfrage für kapitalistisches Wachstum ein Krankheitssymptom des Kapitals, weil sie die Kehrseite nachlassender Investitionstätigkeit verkörpert. Was unter Verhältnissen jenseits der Kapitalverwertung kein Problem wäre, ist im Kapitalismus ein regelrechter Sprengsatz. Ersetzt der Konsum die wegen sinkender Profitraten nachlassende Investition als Konjunkturmotor, so ist das nur möglich entweder über steigende Lohneinkommen oder vermehrte Ausgabe von Konsumentenkrediten. Würden die Löhne erhöht, dann gingen die Profitraten und Investitionen noch stärker in den Keller. Werden die Konsumentenkredite immer risikoreicher - bei nachlassender Investitionstätigkeit – den Leuten aufgeschwätzt, so nimmt die Verschuldung zu, bis die Blase platzt. So oder so steckt das Kapital in einer Zwickmühle, die nur im Eklat enden kann. Kapitalistisches Wirtschaftswachstum, die erweiterte Reproduktion von Kapital stößt an seine Grenzen. Die Anbetung eines solchen Wachstums löst nicht die sozialen Probleme, sondern verschärft sie.

Die größten Schuldentreiber durch Kreditaufnahme waren also die Unternehmen des Finanzsektors und die privaten Haushalte. Beides zusammen stimulierte die „Wirtschaft“, sorgte für die „phantastischen“ Jahre der Clinton-Administration und bereitete den Supergau am Ende der Bush-Ära vor. Wenn ich eingangs Marx zitierte, mit seiner Bemerkung über die Zweischneidigkeit der „segensreichen Wirkung“ des Kredits im Kapitalismus, so findet diese Aussage hier eine glänzende Bestätigung. Wenn man sich den konkreten Verlauf der Krise anschaut, kann könnte man sie statt „Finanzkrise“ übrigens genauso gut als „Krise des privaten Konsums“ bezeichnen. Beides trifft die Sache nicht, wie man nun unschwer erkennen kann. Es handelt sich um eine Krise des Kapitals, in der die substantielle Einheit und Zusammengehörigkeit des formell Verselbständigten sich Geltung verschafft. Offensichtlich ist es nicht soweit her mit der oft beschworenen „Abkoppelung der Geldkapitalakkumulation von der produktiven

Basis der Ökonomie“ (Stefan Krüger im Supplement 12/2008 der Zeitschrift „Sozialismus“). Hätte es diese „Abkoppelung“ tatsächlich gegeben, dann hätte sich der bedauerte „Übergriff der Finanzkrise“ auf die „Realwirtschaft“ kaum so dramatisch abspielen können. Wenn jetzt Auftragseingänge in großem Umfang wegbrechen, Produktion eingesellt wird, weil das völlig aufgeblähte und überzogene Kreditsystem nicht mehr funktioniert, dann demonstriert das, was ohne dieses aufgeblähte Kreditsystem schon vorher in der „Realwirtschaft“ geschehen wäre!

Der zitierte Stefan Krüger schreibt in der genannten Beilage zur Zeitschrift „Sozialismus“ weiter:
*„Wenn es richtig ist, dass die **Verselbständigung und schließliche Abkoppelung der Geldkapitalakkumulation** ... von der produktiven Basis der Ökonomie ein Systemmerkmal und -problem des Kapitalismus generell ist, **welches durch die Transformation zum Finanzmarktkapitalismus nur bis zum Extrem gesteigert wurde**, dann ist eine überwiegende Mehrzahl der Transaktionen auf den nationalen und internationalen Finanzmärkten eine 'useless superfetation', die durch Verbote, Regulierungen und Kontrolle sowie (Straf-)Steuern einzudämmen sind; ...“ ebenda S. 37*
Man ist also ganz versessen darauf, einen systembedingten Mangel durch eine bloße Reform innerhalb des Systems zu beseitigen. Das wird nicht funktionieren und tatsächlich „useless“ bleiben.

Die *„Initiierung einer langfristig beschleunigten Kapitalakkumulation“* zur Lösung der Probleme des Kapitals soll laut Stefan Krüger einhergehen *„mit einer erneuten Dekommodifizierung der Arbeitskraft“*. (ebenda S. 38, 39)

Als hätte es im Kapitalismus jemals eine Situation gegeben, in der die menschliche Arbeitskraft keine Ware war! Was die einen Linken mit einem bedingungslosen Grundeinkommen bewerkstelligen wollen, dass wollen die anderen durch atemberaubendes Wachstum des Kapitals erreichen: Dekommodifizierung der Ware Arbeitskraft unter Beibehaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Man will in Bezug auf die Ware Arbeitskraft die marktvermittelte Wirkungsweise des Wertgesetzes aufheben, ohne das Wertverhältnis selbst, also den Status der Arbeitskraft als Ware, aufzuheben.

Mit dieser famosen „Dekommodifizierung“ ist hier allerdings nur die Rückkehr zu einem idealisierten Sozialstaat und dessen Ausbau gemeint. Tatsächlich hatte der bisherige Sozialstaat nichts mit einer „Dekommodifizierung“ der menschlichen Arbeitskraft zu tun und die beabsichtige „Initiierung einer langfristig beschleunigten Kapitalakkumulation“ ist nur zu haben um den Preis einer verschärften „Kommodifizierung“ menschlicher Arbeitskraft, der Ausdehnung von Lohnarbeit zu Billigslöhnen!

II.

Die Zeitschrift „Sozialismus“ verbreitet schon seit längerem die Vision einer „sozialistischen Marktwirtschaft“. Auf ihren Seiten wird immer wieder ein linker Keynesianismus ausgebreitet. In Heft 11/2008 hat sich Peter Wahl des „Finanzcrashs“ angenommen. Darin heißt es:

*„Der Crash an der Wall-Street ist zugleich eine Bankrotterklärung des herrschenden wirtschaftspolitischen Leitbildes. Es hat sich gezeigt, dass der Markt nicht in der Lage ist, sich selbst zu regulieren. **Daher ist jetzt eine strikte Regulierung notwendig.**“ S. 20*

Ein „stabiles, vorhersehbares Finanzsystem“ sei „ein globales öffentliches Gut“, dass dringend bereitgestellt werden müsse. Keine Spur von einem Bankrott der kapitalistischen Produktionsweise sondern nur eines „wirtschaftspolitischen Leitbildes“. Aber was soll das dann überhaupt noch für ein Markt sein, der sich nicht selbst reguliert? Zumal er doch von Redakteuren der „Sozialismus“ als ganz und gar unverzichtbares Regulierungsinstrument gefeiert wird (vergl. Bischoff und Menard in „Marktwirtschaft und Sozialismus“, VSA-Verlag Hamburg 1990)

In dem durchaus interessanten und lesenswerten Artikel von Peter Wahl steht auch folgendes geschrieben:
„Finanzkrisen, wie die Verschuldungskrise der 1980er, die Asienkrise oder die gegenwärtige Krise, waren unter den Bedingungen von Bretton Woods nicht möglich.“ S. 16

Dem kann man nicht widersprechen. Das Bretton Woods System war zweifellos ein System „striktter Regulierung“. Bei Wahl heißt es dann weiter:

„Nach dem Zusammenbruch des Systems 1973 setzte ein weltwirtschaftlicher Umbruchprozess ein, dessen historische Tragweite herausstellen sollte: Das Ende von Bretton Woods war der Urknall der

gegenwärtigen Welle der Globalisierung.“ ebenda S. 16

Also unter dem System von Bretton Woods hätte die konkrete Form der aktuellen Krise nicht Gestalt annehmen können. Bretton Woods ist aber genauso „zusammengebrochen“ wie das noch bestehende liberalere Finanzregime gerade zusammenbricht. Wie aber konnte das nur passieren?

„Wer als Antwort auf die verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Vorherrschaft der globalen Finanzmärkte eine Rückkehr zur regulierten kapitalistischen Weltwirtschaft und zu einer Politik der Sozialreformen anpreist, wird zweifellos argumentieren, der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems sei eine Folge politischer Entscheidungen gewesen.

Natürlich hätte eine andere Politik vielleicht zu einem anderen Verlauf der Ereignisse geführt. Aber das Ableben des Bretton-Woods-Systems hätte sie nicht verhindern können, denn dessen Zusammenbruch wurzelte in objektiven Entwicklungstendenzen. Eine umfassende Studie bemerkt dazu:

„Es erforderte eine zu starke Koordination der Politik der einzelnen Länder. Die einzelnen Länder konzentrierten sich immer stärker auf das heimische Wachstum, während die technologischen Kräfte, die das Wirtschaftswachstum beschleunigten, die Internationalisierung von Waren, Märkten, aber auch Kapital verlangten. Man kann die Krise des Bretton-Woods-Systems als besonderes und sehr dramatisches Beispiel für das Zusammenprallen der nationalen Wirtschaftsregulierung mit der Logik des Internationalismus betrachten. Unter den Umständen von 1971 erfolgte die Störung des Systems sehr offensichtlich und direkt von Seiten der Vereinigten Staaten.“ (Harold James, International Monetary Cooperation Since Bretton Woods, page 207)

www.wsws.org/de/2001/aug2001/bret-a18.shtml

Ein System „striker Regulierung“ des Geldkapitals lässt sich auf Dauer nicht vereinbaren mit dem Expansionsdrang des produktiven Kapitals. Der Konflikt ist unvermeidlich, weil die erweiterte Reproduktion des produktiven Kapitals unreguliert, zwanghaft, spontan-arbeitsteilig (zwischen den Einzelkapitalen wie zwischen den „Volkswirtschaften“) voranschreitet. Diese erweiterte Reproduktion impliziert die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit - darin eingeschlossen Wertrevolutionen, die die bestehende Verhältnisse (inkl. Wechselkurse zwischen Währungen etc.) beständig erschüttern - und verlangt entsprechende Ausdehnung der Märkte, also eine entsprechende Freiheit des Kreditgeschäftes. Dieser Konflikt kann systemimmanent nur überwunden werden durch Deregulierung, also mehr Freiheit für das Finanzkapital. Es ist und war Sache der bürgerlichen Politik dieser objektiven Tendenz Rechnung zu tragen und für entsprechende Rahmenbedingungen zu sorgen.

Dass überhaupt eine solche „strikte Regulierung“ des Geldkapitals innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft akzeptiert und praktiziert wurde, ist nur zu erklären vor dem Hintergrund des ökonomischen Zusammenbruchs durch Weltwirtschaftskrise 1929, sich anschließender Depression und Weltkrieg. Von den alten kapitalistischen Großmächten blieben allein die USA vor den gigantischen Zerstörungen verschont und konnten ökonomisch vom Krieg profitieren.

Es lag in ihrem ureigensten Interesse als kapitalistisches Land, für eine Rekonstruktion von Kapital und Weltmarkt zu sorgen und dabei ihre militärisch durchgesetzte Überlegenheit in eine durch sie geführte kapitalistische Weltwirtschaft umzusetzen. In einer solchen Situation auf das „freie Spiel der Marktkräfte“, also eine von selbst anspringende Weltmarktkonjunktur zu warten, das wäre in Anbetracht „realsozialistischer Bedrohung“ einem Selbstmord der USA gleichgekommen. Die Politik der „strikten Regulierung“ war also nichts anderes als ein notwendiges Programm der internationalen Rekonstruktion des Kapitals, das im nationalen Interesse der USA lag. Der Eckpfeiler von Bretton Woods war die Installation des Dollars als Leitwährung der Weltwirtschaft. Die damit verbundenen festen Wechselkurse der Währungen im Verhältnis zum Dollar waren ein zentraler Hebel für die Rekonstruktion des Weltmarktes. Das System musste zusammenbrechen, sobald es seine Aufgabe erfüllt hatte, eben einen Beitrag zu liefern, zum kontrollierten Wiedereingangssetzen der kapitalistischen Weltwirtschaft. Sobald Länder wie Deutschland und Japan im „Wirtschaftswunder“ erblühten, musste das System fester Wechselkurse zur Stützung der US-Vorherrschaft kollabieren.

Ein konsequent durchgehaltener Keynesianismus, eine „strikte Regulierung“ des Finanzkapitals ist natürlich grundsätzlich vorstellbar, aber das Projekt ist nicht realistischer als die soziale Revolution. Mit einem „stabilen, vorhersehbaren Finanzsystem“ hätte das allerdings wenig zu tun. Dafür würde die

spontane Dynamik des (produktiven) Kapitals sorgen. Die Weltwirtschaftskrise 1974/75 ist der lebendige Beweis dafür, dass ein erfolgreicher Keynesianismus die Überakkumulation von Kapital und damit die Überproduktionskrisen des Kapitals nicht verhindern kann.

Dass den USA nach dem 2. Weltkrieg sehr an einer Rekonstruktion des kapitalistischen Weltmarktes gelegen war und sie zu diesem Zweck auf Keynesianismus zurückgriff, ist verständlich. Aber warum sollte uns an einer Rekonstruktion des jetzt in die Brüche gehenden Weltmarktes gelegen sein? Es gibt lohnendere Ziele.

III.

Alle Varianten des linken Keynesianismus möchten das Geldkapital auf Investition in produktive Anlage verpflichten. Gemeint sind aber nur die Investitionen in den alten hochentwickelten Ländern; die Bereitstellung von Geldkapital der liberalisierten Finanzmärkte für Investitionen in andern Ländern der Welt werden geschmäht, weil sie „gute Arbeit“ durch „schlechte“ ersetzen. Plötzlich spielt das vielbeschworene Wachstum des Kapitals keine entscheidende Rolle mehr und das Streben nach möglichst hoher Rendite wird zurückgeführt auf die missratene Gier des Finanzkapitals. Die angebliche Blockade für „produktive Investition“ durch hohe Zinsen, ist jedenfalls keine Blockade für das internationale Kapital. Es sucht, findet und schafft seine rentablen Anlagemöglichkeiten, was wiederum katastrophale Weltwirtschaftskrisen nicht verhindert.

Besonders in der Zeitschrift PROKLA (das stand mal für Probleme des Klassenkampfes und die Zeitschrift sollte jetzt besser PROREKA=Probleme der Regulation des Kapitals heißen) mit ihrem theoretischen Schlachtschiff Elmar Altvater hat man die hohen Realzinsen als Übeltäter ausgemacht, die die Investition in produktives Kapital behindern.

Im Editorial zur Nr. 118 wird allen ernstes gefragt: „*Ist der entfesselte Weltmarkt noch zu bändigen?*“ und dann heißt es weiter:

„*Die ... Konsequenz zu hoher Realzinsen besteht in der Behinderung oder gar Unterdrückung der Investitionstätigkeit in Produktivvermögen.*“ (Editorial PROKLA 118 „Ist der entfesselte Weltmarkt noch zu bändigen?“)

Wenn das Zinsniveau insgesamt sinken würde, wird in Aussicht gestellt, dass „*langfristige Anlagen in der Realwirtschaft möglicherweise wieder rentabler*“ (*ebenda*) werden.

Nein, der „entfesselte Weltmarkt“ ist die notwendige Konsequenz, die aus dem Zwang zu erweiterter Kapitalreproduktion entsteht. Er ist nicht zu bändigen und war es nie. Das viel beschworene Bretton Woods, die damit verbundene „strikte Regulierung“, war nichts anders als das notwendige Anschubprogramm zur Rekonstruktion und Entfesselung dieses kapitalistischen Weltmarktes nach seinem vollständigen Zusammenbruch.

Zur Behinderung oder gar Unterdrückung der Investitionstätigkeit bedarf es nicht zu hoher Realzinsen. Diese sind nicht Ursache sondern Folge einer ganz anderen Blockade. Das produktive Kapital besorgt diese Angelegenheit ganz alleine. Die Behinderung oder gar Unterdrückung der Investitionstätigkeit ist Resultat wachsender organischer Zusammensetzung des Kapitals, oder erhöhter Kapitalintensität und daraus resultierender sinkender Profitraten des produktiven Kapitals.

Der Zusammenhang wird auch hier immer wieder geradezu auf den Kopf gestellt.

Man meint allen ernstes, dass durch angemessene Zinspolitik, also senken der Zinsen, die Anlagen in produktives Kapital wieder rentabel werden könnten. Wie soll das funktionieren, wo bei den aktuell erzielbaren Renditen ständig neue Pleitenrekorde erzielt werden? Es geht eben nicht nur mit Keynes um den Vergleich der zu erwartenden Renditen und den Vergleich zwischen Zinsen und Profiten. Das Kapital hat keine Wahlfreiheit, wenn die Durchschnittsprofitrate auf ein Niveau gesunken ist, dass den Kampf der verfeindeten Brüder entzündet hat und jede Neuanlage in industrielles Kapital die große Gefahr des Verlustes in sich birgt.

Das Gemeineigentum an Produktionsmitteln wird zur Notwendigkeit

Eine Rückkehr zu einer kapitalistischen „Realwirtschaft“ mit hohen Wachstumsraten ist kein Programm zur Verhinderung der sozialen Katastrophe, es setzt diese vielmehr voraus und ist absolut nicht wünschenswert! Weil die jetzige Weltwirtschaftskrise die hereinbrechende soziale Katastrophe möglich macht, darum setzt sie eine ganz andere Systemfrage auf die Tagesordnung, als sie im Lager aller linken und rechten Marktwirtschaftler angesprochen wird. Sie verlangt die Diskussion und den Kampf für eine grundsätzliche gesellschaftliche Alternative, jenseits des Kapitals.

Die objektive Entwicklung hat die Eigentumsfrage auf die Tagesordnung gesetzt in Gestalt der Verstaatlichung von Banken. Sie wird diese Frage im Laufe der Entwicklung der Weltwirtschaftskrise weiter zuspitzen und immer stärker auch für das Industriekapital stellen (siehe Opel). Im Desaster des Zusammenbruchs der Kapitalakkumulation offenbart sich das Versagen des kapitalistischen Privateigentums und des Systems der Lohnarbeit. Selbst die bürgerlichen Parteien sehen sich gezwungen, nach gesellschaftlichen Lösungen zu suchen. Alle lauthals und selbstbewusst hinausposaunten Parolen über das segensreiche Wirken von Privateigentum, Markt und Konkurrenz werden von der Realität als hohle, verlogene und hilflose Sprüche entlarvt. Man ist jetzt daher erneut nicht „ideologisch“ sondern, wie immer, ganz „pragmatisch“. (Was interessiert uns unser Geschwätz von gestern?)

Die gesellschaftlichen Lösungen bürgerlicher Parteien sollen allerdings nur dazu dienen, das ganze Spiel von vorne zu beginnen, die „segensreichen“ Privatinteressen wieder zum Zuge kommen zu lassen und erneut zu entfesseln. Darum sehen ihre gesellschaftlichen Lösungen so aus, dass sie das Geld der Gesellschaft mobilisieren, um kapitalistisches Privateigentum zu retten. Sofern das mit „Aneignung“ von Banken etc. einhergeht, handelt es sich um eine bloß formelle, vorübergehende Aneignung durch den bürgerlichen Staat.

Wenn das ganze Spiel nach dem Desaster nicht wieder von vorne losgehen soll, dann kommt es nicht darauf an, das Geld der Gesellschaft, sondern die Menschen zu mobilisieren. Dann geht es nicht um eine vorübergehende formelle Vergesellschaftung zum Zwecke der Wiederbelebung kapitalistischer „Realwirtschaft“, sondern um eine dauerhafte, reale Vergesellschaftung in einer Aneignungsbewegung der Masse der lohnabhängigen Menschen.

Wo das Privateigentum herrscht, dominiert das Privatinteresse. Wo Gemeineigentum herrscht dominiert das Gemeininteresse. Jeder Versuch, das Privateigentum auf Gemeininteresse zu verpflichten, wird auf Dauer scheitern. Die Eigentumsfrage muss theoretisch und praktisch gelöst werden!

+++

Schon im Kapitalismus entwickeln sich verschiedene Formen von gesellschaftlichem oder Gemeineigentum. Dazu zählen so unterschiedliche Unternehmensformen wie Staatsunternehmen, Aktiengesellschaften (diese sind natürlich nur Gemeineigentum einer Gruppe von kapitalistischen Privateigentümern) oder genossenschaftliche Betriebe.

Die höchste Form dieser Art von Gemeineigentum ist zweifellos das Staatseigentum, aber es ist nur der Form nach gesellschaftliches Eigentum. Betriebe, die sich im Besitz des bürgerlichen Staates befinden, haben nichts zu tun mit wirklichem Gemeineigentum auf der Stufe nationalstaatlicher Vergesellschaftung, geschweige denn der heutigen Stufe der Internationalisierung. **Wirkliche Vergesellschaftung setzt immer eine Aneignungsbewegung der Masse der Lohnabhängigen voraus.** Solange ein solcher Wille und eine solche Bewegung der Lohnabhängigen nicht da ist, kann von einer wirklichen Vergesellschaftung, die die soziale Emanzipation vollendet, nicht die Rede sein. Insofern könnte auch jede aktuelle Forderung etwa nach Vergesellschaftung der Banken oder nach Vergesellschaftung von Auto-Konzernen allenfalls zu einer formellen Vergesellschaftung führen.

Andererseits:

Sofern einzelne Betriebe besetzt werden, um sie unter Leitung von gewählten Belegschaftsmitgliedern und unter Kontrolle von Belegschaftsversammlungen (vergl. Zanon), zu betreiben, findet tatsächliche Vergesellschaftung durch Aneignung statt, allerdings auf der sehr beschränkten Stufe eben eines einzelnen Betriebes. Es handelt sich um Aneignung im allgemeinen Milieu von Marktwirtschaft. Der Betrieb

produziert sein Produkte weiterhin als Ware, mit allen spekulativen, unsicheren Konsequenzen, die das hat.

Man muss beides zusammenbringen, die Form des Staatseigentums mit der Selbstverwaltung in den Betrieben, die nur vollbracht werden kann durch aktive Aneignung. Die Belegschaften organisieren also quasi treuhänderisch die Produktion eines einzelnen Betriebes im Auftrage der Gesamtgesellschaft.

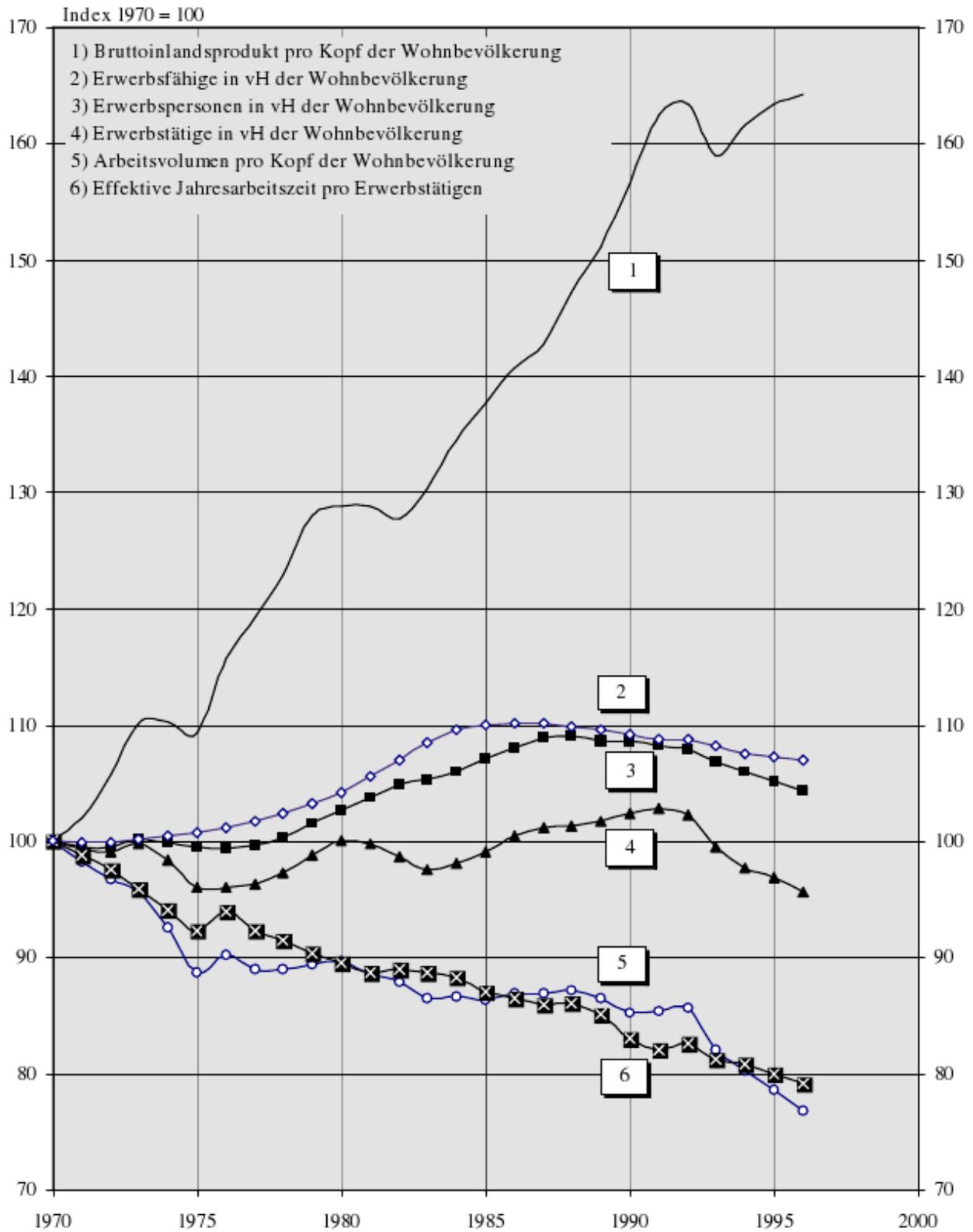
Ferner muss man diese Formen des Eigentums und der Selbstverwaltung ergänzen um das Element einer demokratischen Planung der gesellschaftlichen Gesamtproduktion. Ohne eine solche demokratische Planung, in die alle selbstverwalteten Betriebe einbezogen sind, könnte nach wie vor nicht von einer gesellschaftlich kontrollierten materiellen Reproduktion die Rede sein, weil jeder Betrieb nach wie vor auf eigene Rechnung für den Markt produzieren würde. Allein mit einer solchen demokratischen Planung der Gemeinschaft genossenschaftlicher Betriebe könnte der Markt überwunden werden.

Die hier skizzierten Produktionsverhältnisse einer Übergangsgesellschaft zum Kommunismus hat es so noch nie gegeben, können also auch nicht als gescheitert gelten. (Elemente davon finden wir allenfalls in der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung.) Allein eine solche Perspektive könnte man durchaus mit Recht als „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Realsozialismus bezeichnen. Mit letzterem hätte er so gut wie nichts gemein, weil er einzig zu verwirklichen wäre durch die Klasse der Lohnabhängigen, die überwältigen Mehrheit der Menschen. Ihre Aneignungsbewegung wäre der Schlüssel zum Erfolg. Ein solcher Weg schließt jede Partei „bolschewistischen Typs“ (Führungsanspruch) und deren verheerendes, entmündigendes, diktatorisches Wirken aus.

Der Reichtum der bürgerlichen Gesellschaft ist in den letzten Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg enorm angewachsen. Nur der ebenso interessierte wie bornierte bürgerliche Blick auf die Wachstumsraten des BIP vermag den offensichtlichen Skandal zu verbergen. Schaut man sich die Entwicklung des BIP pro Kopf der Wohnbevölkerung (nicht der Erwerbstätigen!) an, dann wird deutlich, dass die immer größer werdende Armut auf diesem Planeten das Produkt einer Produktionsweise ist, deren einziger Zweck in der Verwertung von Wert besteht. Armut und Verarmung der großen Masse der Menschen als Gegenpol zu einem privaten Überfluss, der sein Maß erst findet in der Krise aus Überfluss.

Die folgenden Grafiken für Deutschland und Japan, die beispielhaft stehen für alle hochentwickelten kapitalistischen Länder, veranschaulichen das Ansteigen dieses Reichtums, der infolge der kapitalistischen Produktionsverhältnisse einer immer kleiner werdenden Zahl von Privateigentümern zugute kommt.

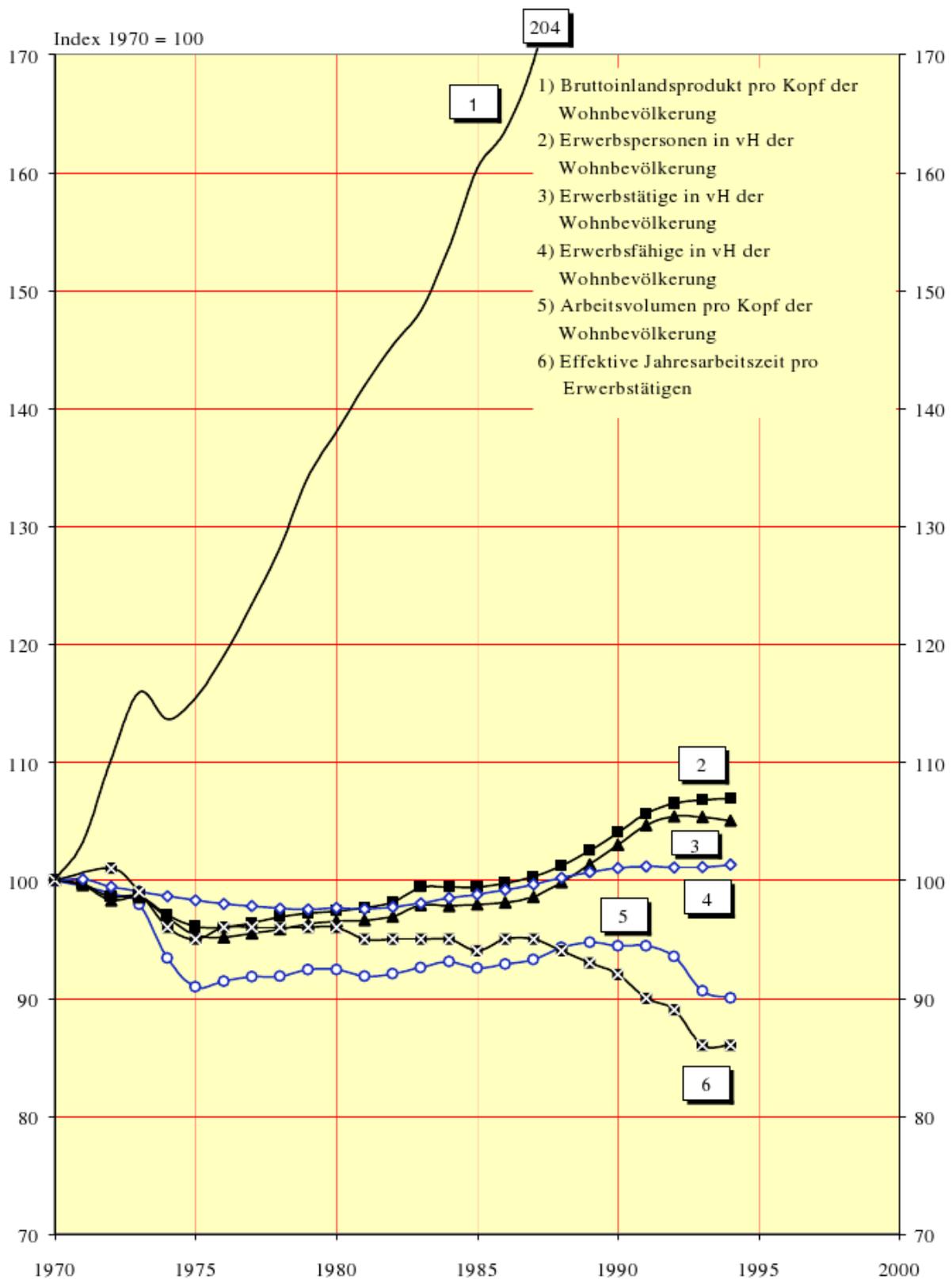
**Schaubild 1-1: Wirtschafts- und Arbeitsmarktindikatoren für Westdeutschland
1970-1996**



1996 geschätzt

Quellen: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, OECD, Statistisches Bundesamt, IAB, eigene Berechnungen

Schaubild 7-2: Wirtschafts- und Arbeitsmarktindikatoren für Japan 1970-1994



Quellen: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, OECD, eigene Berechnungen

Die hier dargestellten Zahlen, bzw. Kurven, zeigen, wie stark die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit angestiegen ist und unterstreichen im Kontrast zur sozialen Polarisierung wie überfällig die

Aufhebung der Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte geworden ist. (Japan ist das Land mit der höchsten Roboterichte und zugleich das Land mit dem größten BIP pro Kopf der Wohnbevölkerung. Es ist momentan unter den entwickelten kapitalistischen Ländern auch das Land, das am stärksten von Krise betroffen ist.)

Wenn also durch die aktuelle Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft die Systemfrage aufgeworfen wird, so kommt es meiner Meinung nach darauf an, dass zunächst in der radikal-antikapitalistischen Linken eine offene und gründliche Diskussion über einen Weg sozialer Revolution geführt wird. Auf der Tagesordnung steht eine solche Revolution nicht, weil die entscheidenden subjektiven Voraussetzungen dafür fehlen (der Wille und die Bewegung zur Aneignung), wir sogar weiter davon entfernt zu sein scheinen, also jemals zuvor in der Geschichte des Kapitalismus und der durch ihn erzeugten sozialen Auseinandersetzungen. Um so dringlicher aber ist der Beginn der Debatte mit dem Ziel der Klärung, Verständigung und letztlich auch der Organisation. Die jetzige Krise bietet die große Chance, eine solche Debatte konstruktiv zu führen. Auf der Tagesordnung steht jetzt der Kampf gegen die Abwälzung der Krise auf die Masse der Menschen, der Kampf um mehr oder weniger weitreichende soziale Reformen. Dieser Kampf erfordert ein möglichst breites Zusammenwirken aller sozial engagierten Menschen und darf an grundsätzlichen theoretischen Differenzen über die Ursachen der Krise und die Fragen der weiterreichenden gesellschaftlichen Perspektive, wie sie hier skizziert wurden, nicht scheitern.

Bochum, März 2009
Robert Schlosser



[BoxID 180265]

VDMA Robotik und Automation: Branche erwartet für 2008 Rekordergebnis

Branchenumsatz in zehn Jahren verdoppelt

(box) München, 04.06.2008 - "Durch die anhaltend hohen Auftragseingänge aus dem In- und Ausland erwartet VDMA Robotik + Automation für 2008 ein Rekordergebnis von 8,9 Milliarden Euro Umsatz. Das entspricht einem Wachstum von neun Prozent", erklärte Dr. Norbert Stein, Vorstand VDMA Robotik + Automation, anlässlich der AUTOMATICA Pressekonferenz am Mittwoch in München.

Seit Ende des Jahres 2006 nehmen die Auftragseingänge der rund 200 Mitgliedsfirmen von VDMA Robotik + Automation in erheblichem Maße zu. "Allein im Jahr 2007 stieg der Umsatz in Deutschland um 13 Prozent auf 8,2 Milliarden Euro. Damit hat sich der Branchenumsatz in den letzten zehn Jahren annähernd verdoppelt", sagte Stein.

Die Bestellungen kommen nicht nur aus der Automobilindustrie und von deren Zulieferern, auch Hersteller von Kunststoffprodukten, Metallprodukten sowie Lebensmittel- und Getränkehersteller, die Pharmaindustrie, Elektro-/Elektronikindustrie sowie die Medizintechnik investieren verstärkt in die Automatisierung ihrer Anlagen. Selbst junge Branchen wie die Photovoltaik setzen auf Lösungen der Robotik und Automation.

Robotik-Hersteller steigern Umsatz 2007 um zwanzig Prozent

Besonders erfolgreich war das Jahr 2007 für die Robotik-Hersteller, die mit einem Wachstum von zwanzig Prozent auf 2,1 Milliarden Euro eines der erfolgreichsten Jahre feiern durften. Unternehmen aus allen Branchen investierten verstärkt in die Produktivität ihrer Anlagen, um weltweit wettbewerbsfähig zu bleiben und die hohe Nachfrage aus dem In- und Ausland bewältigen zu können.

"Die Basis für das hohe Wachstum in Deutschland legten die Automobilhersteller, die nach langer Zurückhaltung massiv investiert und 5.130 Roboter gekauft haben. Insgesamt wurden in Deutschland 14.700 Roboter verkauft. Das sind 29 Prozent mehr als im Vorjahr - und soviel wie noch nie, seit es Industrieroboter gibt", berichtete Stein.

Neben dem starken Zuwachs von Robotern haben vor allem Systemlösungen den Umsatz in die Höhe getrieben. Nach VDMA-Schätzungen wird der Trend zur Automatisierung weiter anhalten und im laufenden Jahr ein Wachstum von zwölf Prozent erreichen.

Deutsche Montage- und Handhabungstechnik weltweit gefragt

Die Unternehmen der Montage- und Handhabungstechnik bieten die richtigen Lösungen für die Herausforderungen in der Produktion. Das hat sich in den vergangenen Jahren kräftig auf die Umsatzzahlen ausgewirkt.

So ist der Gesamtumsatz von Montage- und Handhabungstechnik im Jahr 2007 um zwölf Prozent gewachsen und hat erstmals die fünf Milliarden-Euro-Grenze erreicht.

Für 2008 erwarten die Systemhersteller ein Umsatzwachstum von zwölf Prozent, während die Komponentenhersteller für 2008 von einer Umsatzsteigerung von sechs Prozent ausgehen. "Insgesamt dürfte die Branche auf hohem Niveau nochmals insgesamt um acht Prozent auf ein Umsatzvolumen von 5,4 Mio. Euro wachsen", teilte Stein mit.

Bildverarbeitungsindustrie verdreifachte Umsatz in zehn Jahren

Der weltweite Gesamtumsatz der deutschen Bildverarbeitungsindustrie stieg im Jahr 2007 um drei Prozent auf 1,15 Milliarden Euro. Damit setzte sich das stetige Wachstum der Erfolgsbranche fort, die ihren Umsatz in nur zehn Jahren mehr als verdreifacht hat.

Die diesmal geringeren Umsatzzuwächse resultieren aus einem Trend zu einfacheren Systemen, der sich weiter verstärkt hat. Derartige parametrierbare Systeme lassen sich mit wenig Aufwand in Betrieb nehmen und auch für andere Aufgaben umkonfigurieren. Die deutschen Hersteller von Bildverarbeitungskameras konnten ihren Umsatz 2007 um 15 Prozent steigern und finden auch in Asien verstärkt Kunden. Für 2008 wird insgesamt wieder ein kräftigeres Wachstum von sechs Prozent auf 1,22 Mrd. Euro erwartet.

850 Aussteller freuen sich auf die AUTOMATICA

Die Branche blickt mit Zuversicht auf die AUTOMATICA, internationale Fachmesse für Industrielle Bildverarbeitung, Montage- und Handhabungstechnik sowie Robotik, die vom 10. bis 13. Juni 2008 in München stattfindet. 850 internationale Aussteller freuen sich auf über 30.000 Fachbesucher aus aller Welt, um auf dieser Leistungsschau zu zeigen, was mit Automation heute und morgen in der Fertigung erreichbar ist.

Ansprechpartner:

Herr Thilo Brodtmann

Telefon: +49 (69) 6603-1592

Fax: +49 (69) 6603-2590

Zuständigkeitsbereich: Geschäftsführer VDMA Robotik+Automation

 [Nachricht senden](#)

Frau Mandy Schulz

VDMA Robotik + Automation

Telefon: +49 (69) 6603-1501

Fax: +49 (69) 6603-2501

 [Nachricht senden](#)

Über VDMA Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V.:

Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) vertritt über 3 000 Unternehmen des

mittelständisch geprägten Maschinen- und Anlagenbaus. Mit aktuell rund 968.000 Beschäftigten im Inland und einem Umsatz von 190 Milliarden Euro (2007) ist die Branche grösster industrieller Arbeitgeber und einer der führenden deutschen Industriezweige insgesamt.

Für die oben stehende Pressemitteilung ist allein der jeweils angegebene Herausgeber (siehe Firmeninfo) verantwortlich. Dieser ist in der Regel auch Urheber des Presstextes, sowie der angehängten Bild-, Ton und Informationsmaterialien. Die Huber Verlag für Neue Medien GmbH übernimmt keine Haftung für die Korrektheit oder Vollständigkeit der dargestellten Meldung. Auch bei Übertragungsfehlern oder anderen Störungen haftet sie nur im Fall von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

Die Nutzung von hier archivierten Informationen zur Eigeninformation und redaktionellen Weiterverarbeitung ist in der Regel kostenfrei. Bitte klären vor einer Weiterverwendung urheberrechtliche Fragen mit dem angegebenen Herausgeber. Bei Veröffentlichung senden Sie bitte ein Belegexemplar an service@pressebox.de

Eine systematische Speicherung dieser Daten sowie die Verwendung auch von Teilen dieses Datenbankwerks sind nur mit schriftlicher Genehmigung durch die Huber Verlag für Neue Medien GmbH gestattet.

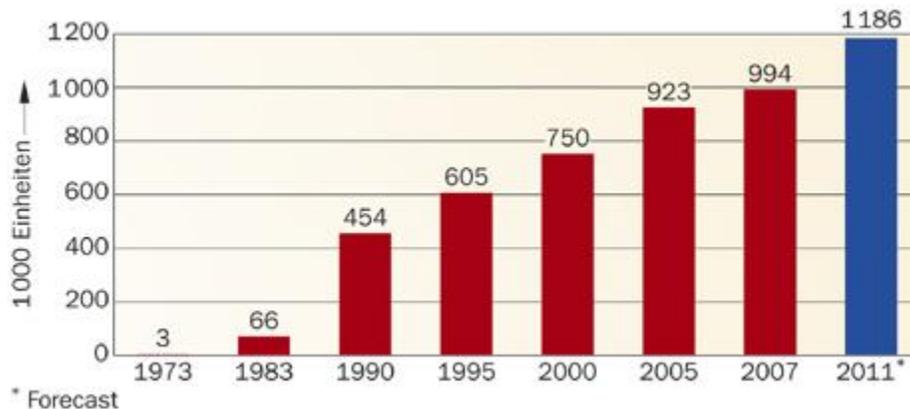
www.PresseBox.de

Produkt und Marke der Huber Verlag für Neue Medien GmbH - Lorenzstrasse 29, D-76135 Karlsruhe

06. November 2008

Industrieroboter - Schlüsselkomponente für die Automation

Im letzten Jahr waren weltweit insgesamt 6,5 Mio. Roboter im Einsatz: rund 1 Mio. Industrie- und 6 Mio. Serviceroboter. Bis 2011 sollen es insgesamt mehr als 18 Mio. sein, davon 1,2 Mio. Industrieroboter. Die Marktzahlen, Einschätzungen, Trends und Prognosen hat das IFR Statistical Department nun in seinem aktuellen Bericht „World Robotics 2008“ veröffentlicht.



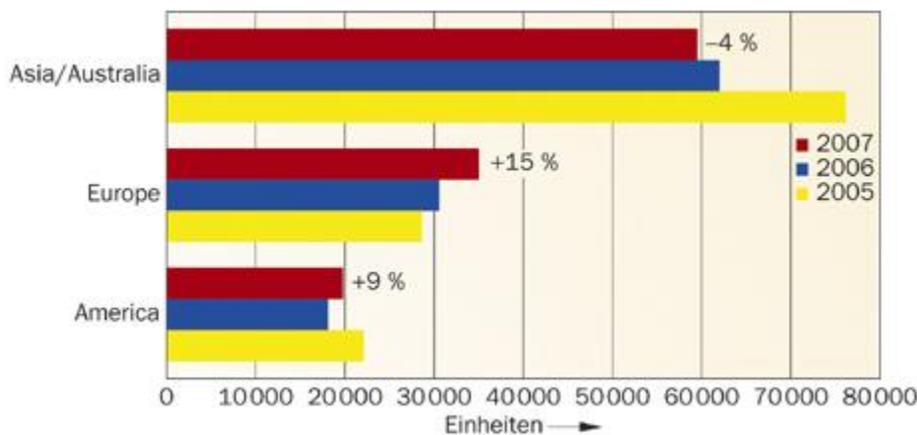
2007 waren laut IFR weltweit rund 1 Mio. Industrieroboter im Einsatz; bis 2011 sollen es rund 1,2 Mio. sein (Quelle: IFR)

Laut IFR-Statistik wurden 2007 weltweit 114.365 neue Industrieroboter installiert; 3 % mehr als im Vorjahr. Der Umsatz, nicht eingerechnet die Kosten von Software, Peripherie und Systementwicklung, stieg um 11 % auf fast 6 Mrd. US-\$. Entsprechend ist der Wert des Robotersystemmarkts zwei- bis dreimal größer und liegt demnach bei geschätzten 18 Mrd. US-\$. Wie bereits in den vergangenen Jahren entwickelten sich auch 2007 die drei großen Regionen unterschiedlich:

- Rückgang in Asien,
- Erholung in Amerika und
- fortgesetztes Wachstum in Europa.

Rund 59.300 Industrieroboter wurden 2007 in die asiatischen Länder (inklusive Australien) geliefert; 4 % weniger als in 2006. Die wichtigsten Märkte, Japan und Südkorea, mussten einen Rückgang hinnehmen, ebenso Taiwan. Auf der anderen Seite konnten die Wachstumsmärkte China und Indien sowie andere südostasiatische Märkte erneut einen starken Anstieg der Roboterlieferungen verbuchen.

Die Elektro-/Elektronikindustrie, die 2005 massiv investierte, reduzierte ihre Roboterkäufe in 2006 um die Hälfte und kaufte auch 2007 weniger Industrieroboter. Die Lieferungen in die Automobilindustrie gingen ebenfalls weiter zurück und auch die Lieferungen in alle anderen Industrien sanken leicht.



Die Zahl der verkauften Einheiten in den einzelnen Regionen und deren Entwicklung in den letzten drei Jahren (Quelle: IFR)

Die Märkte im einzelnen:

Asien

In Japan, dem größten Robotermarkt in Asien und der Welt, gingen die Lieferungen um 3 % zurück auf 36.100 Einheiten. Nach großen Investitionen in die Automobil- und Elektro-/Elektronikindustrie 2005, war die Zahl der Roboterkäufe 2006 und 2007 rückläufig. Dieser Rückgang wurde teilweise durch eine starke Nachfrage der chemischen sowie der Gummi- und Kunststoffindustrie und der Medizintechnik kompensiert.

In Südkorea, dem zweitgrößten asiatischen Markt, sanken die Roboterlieferungen 2007 um 6 % auf 10.100 Einheiten. Ein Einbruch der Bestellungen aus fast allen Industrien, vor allem der Fahrzeugindustrie, wurde durch stärkere Investitionen der Elektronikindustrie und der

Autoteilehersteller teilweise ausgeglichen.

Die Roboterinvestitionen boomen weiter in China, dem drittgrößten asiatischen Robotermarkt. Mit 6.600 Einheiten wurden 14 % mehr Roboter als im Vorjahr installiert. Die steigende Nachfrage kommt hier aus fast allen Branchen, insbesondere aber aus der Automobilindustrie. Die Roboterlieferungen nach Indien stiegen um 11 %, nach Taiwan sanken sie um 44 %.

Die Lieferungen in alle anderen asiatischen Märkte, einschließlich Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam, schnellten um 25 % in die Höhe. Die Roboterverkäufe nach Australien stiegen nur um 2 %.

Amerika

Rund 19.600 Industrieroboter gingen 2007 nach Amerika; 9 % mehr als im Vorjahr. Eine starke Nachfrage von der Autoindustrie im hart umkämpften US-Markt und in Kanada waren die Gründe für das solide Wachstum. Die Verkäufe und die Produktion von PKW stagnierten oder waren in den letzten Jahren sogar rückläufig. Das führte auch zu Verschiebungen der Marktanteile der einzelnen Hersteller: Die „Detroit 3“, GM, Ford und Chrysler, mussten 2007 erneut die Produktion drosseln, während japanische und koreanische Hersteller Marktanteile gewonnen und ihre Produktionskapazitäten weiter ausgebaut haben. Der Anstieg der Roboterlieferungen in die Automobilindustrie basierte damit auf ausländischen Investitionen. Die „General Industry“, alle Anwenderbranchen außer Automotive, reduzierten ihre Bestellungen um 4 %.

Obwohl erwartet wurde, dass Roboterlieferungen nach Mexiko 2007 steigen würden, waren sie rückläufig. Möglicherweise wurden angekündigte Investitionen auf 2008 verschoben. Ein starker Anstieg der Nachfrage nach Industrierobotern konnte hingegen in Argentinien und Brasilien registriert werden. Die Installationen in diesen Länder verdoppelten sich nahezu.

Europa

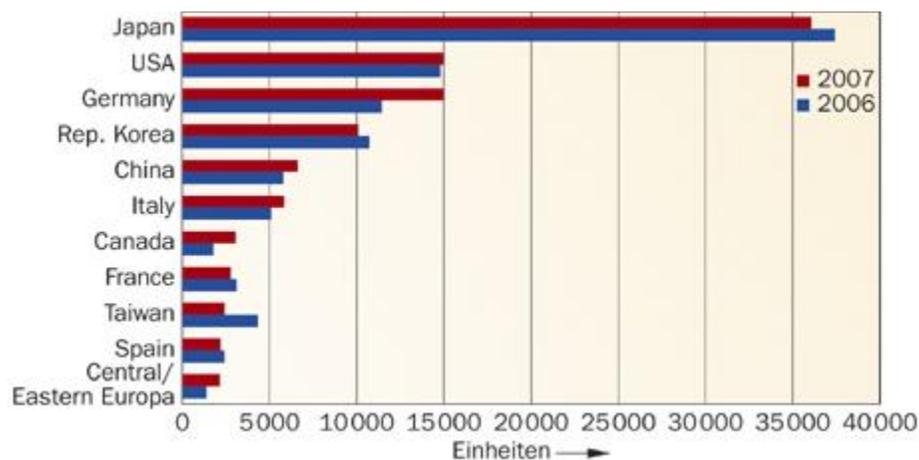
Die Verkäufe von Industrierobotern in Europa stiegen um 15 % auf 34.900 Einheiten. Das ist die höchsten Anzahl von Industrierobotern, die je in einem Jahr registriert wurden. Der Grund war eine massive Nachfrage aus Branchen außerhalb der Automobilindustrie, aber auch der Autohersteller selbst. Deutschland, der größte Markt für Industrieroboter in Europa, war der Motor für das Wachstum in Europa. Die Lieferungen von Industrierobotern schnellten um 30 % auf 14.900 Einheiten in die Höhe. Auch dies ist ein Rekordwert bezüglich der Anzahl von Industrierobotern, die je für ein Jahr im Land registriert wurden. Der Grund hierfür wird in einem signifikanten Anstieg der

Nachfrage aus fast allen Industrien, besonders von den Autoherstellern, der Metall- und metallverarbeitenden Industrien, der Glas-, Elektro-/Elektronik- und Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie gesehen.

Italien, der zweitgrößte Markt in Europa, stieg um 14 % auf 5.800 Einheiten. Eine starke Nachfrage der Automobilindustrie sowie ein Anstieg der Lieferungen in fast alle anderen Industrien waren die Gründe für das gute Wachstum.

Frankreich verbucht einen Rückgang um 11 % auf 2.700 Einheiten. Wie auch 2006 sanken die Verkäufe in die Automobilindustrie drastisch; auch die chemische Industrie bestellte weniger Roboter. Eine beginnende Erholung der Roboterlieferungen in die Maschinenbauindustrie und ein starker Anstieg der Nachfrage aus der Metallindustrie sowie eine deutliche Zunahme der Lieferungen in die Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie konnten den Rückgang insgesamt etwas ausgleichen.

Auch nach Spanien und Großbritannien wurden geringere Stückzahlen verkauft. Dagegen verbuchten die mittel- und osteuropäischen Länder Zuwächse um 61 %. Besonders in Tschechien, Polen und Russland konnte ein massiver Anstieg von Roboterlieferungen festgestellt werden.



Japan nimmt die weltweite Spitzenposition im Robotermarkt ein; allerdings gingen dort die Lieferungen von 2006 auf 2007 um ca. 3 % zurück. In Deutschland hingegen stiegen die Roboterlieferungen im gleichen Zeitraum um 30 % an (Quelle: IFR)

Die Roboterdichte

Die Anzahl von Industrierobotern pro 10.000 Beschäftigte in der verarbeitenden Industrie oder alternativ die Anzahl von Mehrzweckindustrierobotern pro 10.000 Produktionsarbeitern in der

verarbeitenden Industrie zeigen den Grad der Automatisierung in einem Land. Mit 310 Industrierobotern im Einsatz pro 10.000 Beschäftigte in der verarbeitenden Industrie ist Japan das Land mit der höchsten Roboterdichte der Welt. Damit ist es gleichzeitig das am höchsten automatisierte Land der Welt.

Deutschland folgt mit einer Roboterdichte von 234 Industrierobotern im Einsatz pro 10.000 Beschäftigte in der verarbeitenden Industrie. Danach kommt Südkorea mit einer Roboterdichte von 185.

Italien und die USA haben jeweils 116 und Schweden 115 operierende Industrieroboter pro 10.000 Beschäftigte in der verarbeitenden Industrie. In allen anderen betrachteten Ländern liegt die Roboterdichte unter 100.

In der Automobilindustrie, dem wichtigsten Kunden von Industrierobotern, ist die Roboterdichte wesentlich höher als in allen anderen Industrien. Japan und Italien liegen an der Spitze mit 2.100 bzw. 1.772 Robotern pro 10.000 Produktionsarbeiter in der Automobilindustrie. Danach folgen Deutschland mit einer Roboterdichte von 1.439, die USA mit 997, Frankreich mit 929, Großbritannien mit 794, Spanien mit 763 und Schweden mit 600. Der technologische Standard der Robotik ist relativ homogen in der Automobilindustrie in den genannten Ländern.

Technische Trends und Trends in Anwenderbranchen

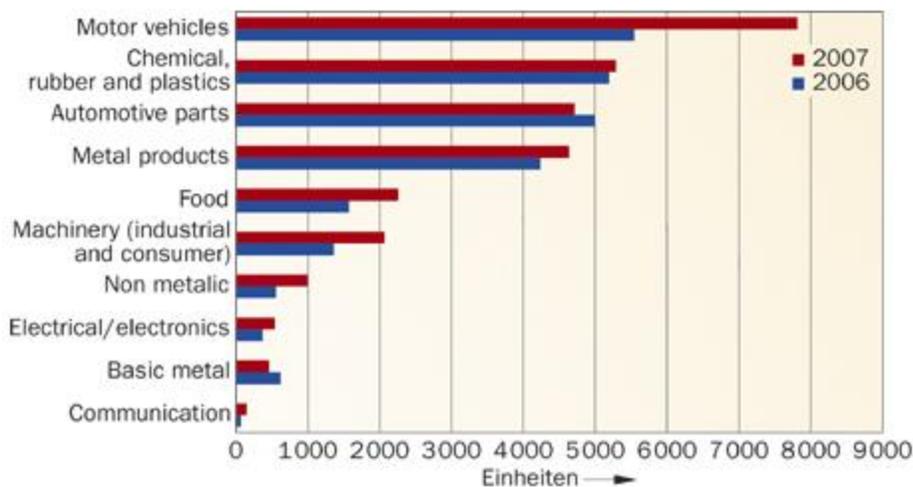
Es gibt einen weltweiten Trend zur Automatisierung in der „General Industry“, den Anwenderbranchen außerhalb der Automobilindustrie, der in 2007 deutlich wurde. So bieten die Roboterhersteller für diese Branchen vermehrt kundenspezifische Lösungen an. Die Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie, die Metall-, Glas-, Pharma und Photovoltaikindustrie sowie die Medizintechnik haben ihren Robotereinsatz weiter verstärkt.

Der Hauptkunde, die Automobilindustrie, ist im Wandel. Signifikante Zuwächse der Stückzahlverkäufe von Autos können nur noch in den Wachstumsmärkten Indien, Südostasien, Russland und anderen osteuropäischen Ländern erreicht werden. In diesen herrscht die Nachfrage nach kleinen und preiswerten Fahrzeugen vor. In den gesättigten Märkten, Westeuropa, Nord Amerika, Japan und Südkorea, ist ein Umsatzwachstum möglich durch verbesserte Technologie. Außerdem wird auch in diesen Märkten die Nachfrage nach kleinen, verbrauchsarmen und preiswerten sowie umweltfreundlichen Autos immer stärker. Alternative Antriebe gewinnen angesichts steigender Rohölpreise an Bedeutung.

Die Autohersteller reorganisieren ihr Geschäft mit ihren Zulieferern. Sie reduzieren die Anzahl ihrer direkten Zulieferer, gliedern komplette Produktionsprozesse aus und konzentrieren sich auf die wertschöpfenden Prozesse. Automobilzulieferer müssen restrukturieren, um die Anforderungen der Autohersteller zu erfüllen. In beiden Industrien wird sich die Anzahl der

Firmen konsolidieren.

Die automatisierte Handhabung und Bereitstellung von Teilen gewinnt in allen produzierenden Bereichen wesentlich an Bedeutung. Hersteller, die Werkzeugmaschinen einsetzen, erhöhen die Einsatzdauer in ihren Fabriken durch Automatisierung mit Robotern. Roboter ersetzen den Arbeiter als Bediener der Werkzeugmaschine durch Bereitstellung von Werkzeugen, Material und Teilen vom Lager nahe an der Werkzeugmaschine. Dadurch können Bearbeitungszentren bei Bedarf 24 h an sieben Tagen laufen. Palettieren, Verpacken, Greifen und Platzieren hat in den letzten drei Jahren in Europa stark an Bedeutung gewonnen. Der Automatisierungsgrad der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie, der hauptsächlichen Industrie für diese Applikation, ist sehr hoch in Europa. Amerika ist in diesem Sektor noch hinten an. In Asien ist in vielen Regionen Arbeit immer noch billig, deshalb ist der Automatisierungsgrad in dieser Industrie nicht so hoch wie in Europa. Verbesserungen in der Sensortechnologie, wie Robot Vision, Kraftsensoren oder Umgebungserkennung, erhöhen die Qualität. Verbesserungen in der Kommunikation wie bei der Fernbedienung oder bessere Mensch-Maschine-Schnittstellen bringen neue Kunden, auch vermehrt kleine und mittlere Unternehmen. Verbesserungen in der Systemtechnologie, wie Off-Line-Programmierung, Sicherheit, kooperierende Roboter, garantieren Lösungen für anspruchsvolle Automationsprozesse.



Wachstumsmotoren in Europa sind die Automotive- und die allgemeine Industrie (Quelle: IFR)

Industrierobotereinsatz wächst weiter

In 2008 lässt die Investitionsneigung in der verarbeitenden Industrie nach.

Nach Angaben der IFR-Quartalsstatistik stieg der Robotermarkt im ersten Halbjahr 2008 weltweit noch um 8 %. Während im ersten Quartal 2008 die Roboterlieferungen noch in allen Regionen anstiegen, verlor das Wachstum im zweiten Quartal an Schwung. Für 2008 insgesamt wird ein moderater Anstieg der weltweiten Industrieroboterlieferungen um 4 % erwartet. Die schlechteren Prognosen für die Weltwirtschaft werden die Roboterinstallationen in 2009 und 2010 beeinflussen. Allerdings wird kein starker Rückgang erwartet. So sind Industrieroboter Schlüsselkomponenten für automatisierte Produktionsprozesse. Produktivität, Arbeitskräftemangel durch die demografische Entwicklung, hohe Qualitätsstandards, Regelungen für den Umweltschutz, die Reduzierung von gefährlicher und gesundheitsschädigender Arbeit, Energie- und Infrastrukturkosten, unflexible Produktion usw. stellen neue Herausforderungen an die Automationstechnologie und werden die Nachfrage nach Industrierobotern stimulieren. Nicht zuletzt werden die Investitionen in den Wachstumsmärkten weitergehen. Eine starke weltweite Erholung wird spätestens 2011 erwartet. Der Weltmarkt für Industrieroboter wird von 114.365 Einheiten in 2007 um 4 % auf 118.900 Einheiten in 2008 wachsen. Ab 2009 wird er sich mit einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 4,1 % auf 134.100 Einheiten in 2011 erhöhen, so die IFR-Prognosen, die sich für die einzelnen Länder wie folgt aufschlüsseln:

In 2008 wird der Robotermarkt in Europa um weitere 6 % auf einen neuen Spitzenwert kommen. In Nordamerika wird er um 1 % schrumpfen, während er in Brasilien weiter erheblich wachsen wird. Amerika insgesamt stagniert auf einem hohen Level. Die Nachfrage aus China, Indien, ASEAN, Mittel- und Osteuropa und Südamerika wird weiter überdurchschnittlich steigen. Stagnation hingegen auch in Japan, während Südkorea ein Wachstum von 8 % erwartet. Roboterlieferungen in die Region Asien/Australien werden sich insgesamt um 6 % erhöhen.

Weltweit kann zwischen 2009 und 2011 ein durchschnittliches Wachstum von Roboterlieferungen um 4 % pro Jahr erwartet werden. Stagnierende oder nur langsam wachsende Investitionen der Autoindustrie werden bis zu einem gewissen Grad durch eine große Nachfrage aus allen anderen Industrien kompensiert. In Europa und Amerika beträgt das durchschnittliche Wachstum jeweils 3 % pro Jahr und in Asien/Australien 5 % pro Jahr.

Gudrun Litzenberger

Gudrun Litzenberger ist Director des IFR Statistical Department, das im Fachverband VDMA Robotik + Automation geführt wird.